



Stetigjähriger Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerh. pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserionsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstr. Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen an die Zeitung, welche Samstag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 20. Mittags-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 13. Januar 1876.

Deutschland.

Berlin, 12. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Städte-Jur.-Societäts-Director Ahlmann zu Berlin das Kreuz der Ritter des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Herzoglich braunschweigischen Landes-Deconome-Rath Griespeler zu Braunschweig den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser haben im Namen des Deutschen Reichs die Kaiserlichen Regierungs-Räthe in der Verwaltung von Elsaß-Lothringen Georg Friedrich Stempel, Joh. Christian Heinrich Richter und Ludwig Meß zu Kaiserlichen Ober-Regierungs-Räthen in dieser Verwaltung ernannt. Der erledigte Posten des Vorstandes des Chiffirbureaus ist dem Geheimen Hofrath Rothert übertragen und an Stelle des auf seinen Antrag unter Beilegung der Functionen des Bureau-Inspicitors in das Chiffirbureau zurückversetzten Geh. Hofraths St. Blanquart der seitberige Geh. Kanzlei-Inspicitor Neß zum Vorstande des Geheimen Kanzlei ernannt worden. Die hiedurch zur Erledigung gelangte Stelle des Inspicitors der Geheimen Kanzlei ist dem Geheimen Kanzlei-Secretär Ziegler übertragen.

Dem Kaiserlichen Consul Dr. Waring in Matatlan ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Consular-Dienste erteilt worden. Der Bauat C. Lüddecke ist zum Director der Kunst- und Kunstgewerbeschule zu Breslau; der bisherige Real-Schullehrer und commissarische Kreis-Schulinspector Julius Ruzi in Nicolai zum Kreis-Schulinspector im Regierungsbezirk Oppeln; und der praktische Arzt Dr. Dr. Terflotz zu Lüdenscheid mit Anweisung des Wohnsitzes in der Kreisstadt zum Kreis-Physikus des Kreises Altena ernannt worden. Die Advocaten Friedr. Wilhelm Fischer, Kohlschütter und Berend in Hannover sind zu Advokaten bei dem dortigen königlichen Obergericht; der Rechtsanwalt und Notar Stöckel in Hessel in zum Rechtsanwalt bei dem Appellationsgericht in Posen und zugleich zum Notar im Departement desselben mit Anweisung seines Wohnsitzes in Posen; und der Referendar Dr. jur. Lohse in Köln zum Advocaten im Bezirk des königlichen Appellationsgerichtshofes daselbst ernannt worden.

[Bekanntmachung.] Aus den am 1. Januar d. J. fällig gewordenen Jinsen der bei Gelegenheit der 50-jährigen Dienst-Jubiläen Sr. Majestät des Königs gegründeten Stiftung für unbemittelte Inhaber des Eisernen Kreuzes 2c. vom Feldwebel abwärts, ist, nachdem des Kaisers und Königs Majestät auf den Vorschlag des Kriegsministeriums die nachbenannten Invaliden zum Empfang einer Unterstützung aussersehen haben, folgenden Schwestern durch Vermittelung des General-Commandos ein Geldegehalt von 60 M. zugewendet worden, und zwar: dem Carl Gottlieb Schubert zu Cammerwaldau, Kreis Schönan, dem Bruno Langner zu Breslau dem August Wilke zu Bismuth, Kreis Trebnitz, dem August Altvater zu Glas.

Berlin, 12. Januar. [Se. Majestät der Kaiser und König] hörten heute die gewöhnlichen Vorträge, arbeiteten darauf mit dem Chef des Civil-Cabinetts, Geh. Cabinets-Rath von Wilmowski und erledigten Regierungsgeschäfte.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] begab sich gestern Vormittags 11 Uhr zu einer Besichtigung des hiesigen Cabottenhauses dorthin und verweilte daselbst bis gegen 2 Uhr Nachmittags. Abends 7 Uhr besuchte Seine Kaiserliche Hoheit die Vorstellung im Opernhause. (Reichsanz.)

— **Berlin, 12. Januar.** [Seegericht. — Das Civilehegeses. — Das Anwaltswesen. — Die Synodalordnung. — Das Budget.] Die Errichtung von Seegerichten, welche durch die Seeschiffe der letzten Zeit mehrfach durch Eingaben an den Bundesrath, sowie durch die Verhandlungen des Reichstages als wünschenswerth bezeichnet worden, war schon seit längerer Zeit Gegenstand elfriger Erwägung innerhalb der Reichsregierung. Es ist richtig, daß letztere die Seeweister-Staaten schon vor Monaten um Erstattung von Gutachten über den Umfang des Bedürfnisses und die Competenzgrenzen der zu schaffenden Gerichte bez. einer Seebehörde aufgefordert hat. Es scheint indessen, daß diesen Aufforderungen nicht in zureichender Weise entsprochen worden ist, da man angeblich wegen rückständiger Berichte die Frage verzögert hat. Nunmehr sollen neuerdings Hamburg, Bremen und Oldenburg auf die Errichtung einer Seebehörde von Reich wegen zurückgekommen sein und es werden nunmehr demnächst Vorverhandlungen durch Delegirte der Seeweister-Staaten beginnen. Hierauf bezogen sich die Andeutungen, welche der Präsident des Reichstages im Reichstage anlässlich der Interpellation des Abg. Kapp über den gesandeten Dampfer Deutschland machte. — Wie man hört, hat die Haltung der Geistlichkeit in verschiedenen Bundesstaaten gegenüber dem soeben (mit dem 1. d. M.) in Kraft getretenen Civilehegeses zu großen Bedenken Anlaß gegeben und es wird deshalb die früher bereits gegebene Absicht durch eine Interpellation im Reichstage die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf die hervorgetretenen Uebelstände hinzuwirken, zur Ausführung kommen. Man ist bereits mit Zusammenstellung des bez. Materials beschäftigt. — Die Justiz-Commission des Reichstages wird, nach den jetzigen Dispositionen, bis zum Zusammentritt des Reichstages die Hauptfragen des Gerichtsverfassungsgesetzes durchberathen haben. Man hofft, bis zum Schluß der Session die gesammelten ersten Urtheile über die Justizgesetze zu beenden. — Eine Zustimmung des Bundesrathes zu den Commissionsanträgen über das Anwaltswesen gilt als zweifellos; sehr bekannt ist man darauf, wie sich der Bundesrath zu der Frage der Berufung in der Strafproceß-Ordnung stellen wird. Gegenüber der vorhandenen sehr getheilten Ansichten ist ein Resultat in dieser Richtung noch nicht abzusehen. — Die hier und da auftauchende Angabe, es werde die General-Synodal-Ordnung erst nach dem Landtage publicirt werden, ist völlig aus der Luft gegriffen. Unsere vor 8 Tagen gemachte Mittheilung, es werde die General-Synodal-Ordnung dem Könige zum Vollzug vorgelegt werden, hat sich bereits bestätigt und es wird die Publicirung nicht lange auf sich warten lassen. Das dabei beobachtete Verfahren entspricht genau dem bei der Synodalordnung innegehaltenen und basiert vollständig auf den gegebenen Verhältnissen. — Wie bereits mitgetheilt, ist das Extraordinarium aller Ressorts in dem diesjährigen preuß. Staatshaushaltsetat auf das Nothwendigste beschränkt. So übersteigt z. B. das Extraordinarium des Ministerium des Innern nicht 1 Million Mark. Eine Vermehrung der Polizeikräfte wird nicht gefordert. Die Vermehrung des Nachwachswesens ist bis auf nächsten Jahr vertagt, dagegen beziehen sich einige Forderungen auf Gefängnisbauten, auf Schutzmaßregeln gegen Ueberschwemmung des Badeortes Kranz a. d. Oise, der Gemeinde Raab am Rhein gegen Gefahren durch Felssturz u. s. f.

[Marine.] S. M. S. „Gazelle“ hat am 20. October 1875 den Hafen von Brisbane verlassen, lief am 29. desselben Monats im Hafen von Auckland (Neu-Seeland) ein und beabsichtigte am 11. November 1875 die Reise nach den Fidji- und Samoa-Inseln fortzusetzen. An Bord Alles wohl. — S. M. S. „Mer-

busa“ ist telegraphischer Nachricht zu Folge, am 9. d. Mts. in Barbados eingetroffen und beabsichtigte, am 13. d. Mts. die Reise nach Lissabon anzutreten.

Köln, 11. Januar. [Ultramontane Volksversammlung.] Die Ultramontanen in den Westprovinzen rühren sich schon wieder gewaltig. Vor einigen Tagen hielten sie in Vochum unter dem Vorsitz des Präsidenten des Mainzer Katholikenvereins, Freiherrn v. Loë, eine Volksversammlung ab, an der mehr als 3000 Personen Theil nahmen. Gestern fand wiederum hier selbst im großen Gürzenichsaale unter dem Vorsitz des Landtags-Abgeordneten, Advocat-Anwalt Schend eine Versammlung der Katholiken der Rheinlande zur Besprechung der Schulfrage statt. Der ganze Saal war vollständig gefüllt. Auch der rheinische Adel war vertreten. Es sprachen die Herren Domcapitular Thissen von Limburg, Fabrikbesitzer Matth. Wiese von Werden, Freiherr Felix von Loë, Advocat Bachem und der Vorsitzende. Sammelte Reden behandelten nur die Schulfrage. Sie gipfelten in folgenden, von der Versammlung einstimmig angenommenen Resolutionen:

1) Die Volksschule ist nicht bloß Unterrichts-, sondern auch Erziehungs-Anstalt; Erziehung ist nicht denkbar ohne Religion; die Volksschule darf daher dem Einflusse der Kirche nicht entzogen werden. 2) Es ist die heilige Pflicht der Eltern, für die religiöse Erziehung ihrer Kinder zu sorgen; sie dürfen ihre Kinder nicht Schulen anvertrauen, in denen Glauben und Sitten gefährdet sind. 3) Die Schule ist eine Hilfsanstalt der Familie für die Erziehung der Kinder. Die katholischen Eltern haben bei dem bestehenden Sanktionen das Recht und die Pflicht, katholische Schulen für ihre Kinder zu verlangen. 4) Dieser Forderung haben die thatsächlichen Verhältnisse in den Rheinlanden seit unvorstellbaren Zeiten entsprochen; ihre Berechtigung ist durch die preussischen Verfassungs-Patente von 1815 anerkannt und durch die preussische Verfassungs-Urkunde gewährleistet. 5) Die katholischen Eltern haben hiernach das Recht zu fordern, daß in der Volksschule der Religions-Unterricht von den Geistlichen als den hierzu berufenen und berechtigten Organen ihrer Kirche geleitet und erteilt werde. 6) Die Ertheilung des Religions-Unterrichts in der Volksschule durch Lehrpersonen, welche nur vom Staate, nicht aber von der Kirche den Auftrag dazu erhalten haben, ist ein Eingriff in die Rechte der Kirche und der Eltern. 7) Die Entfernung geprüfter und bewährter Lehrkräfte der kirchlichen Genossenschaften ist ein unerheblicher Schaden für den Unterricht und die Erziehung der katholischen Jugend und verursacht eine erhebliche Mehrbelastung vieler Gemeinden. 8) Unter der bisherigen Leitung der Geistlichen hat die Volksschule ihrer Aufgabe durchaus genügt; sie hat insbesondere einen gesunden, opferwilligen Patriotismus gefördert. Ein nicht auf Pflichtgefühl beruhender, angestrebter Patriotismus kann wohl nationale Ueberhebung erzeugen, hat aber noch nie einem Volke zum Segen gereicht.

Es wurde der Versammlung auch mitgetheilt, daß die Petition der Katholiken der Rheinlande an die beiden Häuser des Landtages in der Schulfrage bereits mit Tausenden von Unterschriften bedeckt sei.

Worms, 11. Januar. [Die „Neue Wormser Zeitung“] schreibt vom 7. d. Mts.: „In der heutigen Bezirksgerichts-Sitzung zu Alzei wurde unser verantwortlicher Redacteur J. A. Becker wegen Beleidigung des Prinzen Ludwig von Hessen in eine einmonatliche Festungshaft verurtheilt. Die gegen den Mitverleger unseres Blattes, C. Schäfer, erhobene Anklage in gleicher Sache wurde f. Z. fallen gelassen.“

Aus Thüringen, 11. Januar. [Preß-Prozesse] sind in unseren Tagen keine Seltenheit; daß aber auch die amtlichen Regierungs-Organe in solche verwickelt werden können, dürfte weniger häufig vorkommen; doch ist die „Gothaische Zeitung, Regierungs- und Intelligenz-Blatt“ jetzt in einen Preß-Prozess verwickelt, weil sie seiner Zeit mitgetheilt, der Stadtrath von Zella habe sich nicht bei der Feier des 2. September betheilig.

München, 11. Januar. [Der Erzbischof von Bamberg.] Großes Aufsehen erregt die Mittheilung des hiesigen „Volksfreund“, „der Erzbischof von Bamberg habe bei dem Neujahrsempfange dem Stadtelerns Untriebe vorgeworfen und Maßregeln apostolischer Strenge angedroht; ebenso ungnädig sei das Domcapitel behandelt worden, das den neuen Erzbischof der Verletzung des Amtsgeheimnisses und einer widerkirchlichen Richtung beschuldigt habe.“

Oesterreich.

Wien, 12. Januar. [In der heutigen Sitzung des Fortschrittsclubs] hielt der Ministerpräsident, Fürst von Auerberg, eine Rede, in welcher er erklärte, daß das Ministerium bei den Verhandlungen mit der ungarischen Regierung in entscheidender Weise die Interessen Oesterreichs zu wahren und deshalb in steter Fühlung mit der Verfassungspartei zu bleiben beabsichtige. Für die Zeit der Vertagung des Reichstages gebe die Regierung mit den von der Verfassungspartei gewählten Vertrauensmännern zu verfahren. Der Minister des Innern, Freiherr von Zollheim, betonte darauf, daß das Ministerium und die Verfassungspartei ihrer gegenseitigen Unterstützung bedürften, und daß das Ministerium das Vertrauen der Partei in Anspruch nehme. Seitens des Fortschrittsclubs sprachen sich sodann mehrere Redner gegen eine weitere Belastung der österreichischen Staatshälfte aus und sagten der Regierung die kräftige Unterstützung der Partei in diesem Sinne zu.

Schweiz.

Bern, 8. Januar. [Zur Bern-Luzern-Bahn.] Zum Gotthardt-tunnelbau. — Aus Hellikon. Dem Vernehmen nach, schreibt man der „R. Z.“, hat sich die Direction der Berner Jura-Bahnen mit den Berner und Luzerner Großen Rath für den von ihr gedachten Betrieb der Bern-Luzern-Bahn bis Ende Februar resp. bis April garantirt. Frez. 120,000 nicht zufrieden gestellt, erklärt und verlangt jetzt Frez. 160,000, ihre Drohung, den Betrieb vom 10. d. M. an einzustellen, festzuhalten, wenn ihrem Verlangen nicht entsprochen wird, was fast den Anschein hat, als wolle sie die Bern-Luzern-Bahngesellschaft zur Insolvenzverklärung drängen. Kann zwischen Bern und Luzern keine Verständigung erzielt werden, zu welchem Zwecke Abgeordnete der Regierung und des Großen Rathes des Cantons Bern sich gestern Nachmittag nach Luzern begeben haben, so wird dem Verwaltungsrath der Luzern-Bahn, welcher augenblicklich dort versammelt ist, wohl auch nichts Anderes als die Insolvenzverklärung übrig bleiben, in welchem Falle das Bundesgericht laut Art. 28 des Eisenbahngesetzes den weiteren Betrieb jener Linie von Bundes wegen anzuordnen hätte. — Seit vorgestern befindet sich der Gotthardt-tunnel-Bauunternehmer Jodre mit seinem Advocaten, Herrn Lambert von Genf, in Bern, um beim Bundesrathe für seine Sache gegen die Gotthardt-Bahn-Direction zu plaidiren, welche ihm beantragt wegen Verzögerung der Tunnelbauarbeiten die Auszahlung der monatlichen Raten verweigert hat. Wie es heißt, soll der Bundesrath Herrn Jodre das Recht auf theilweise Auszahlung jener Raten zugesprochen haben. — In dem unglücklichen Dorfe Hellikon hat der Oberlehrer Müller seine Entlassung eingereicht, weil ein Theil der Einwohnererschaft so unverständlich ist, ihm die Mitschuld an der schrecklichen Katastrophe im Schulsaale beizumessen. Der arme Mann, der selbst unter den Verunglückten eine Schwester todt und einen Bruder schwer verwundet vorfand, erklärte, daß er unter

solchen Verhältnissen in jenem Kreise ein segensreiches Wirken ferner für unmöglich halte.

Italien.

Rom. [Consistorium.] Das Consistorium ist auf Befehl des Papstes auf die zweite Hälfte dieses Monats verschoben worden, weil man die Anwesenheit des Cardinal-Erzbischofs Saint Marc von Rennes abwarten will. [Von der Marine.] Da die neuen Panzerschiffe „Dandolo“ und „Duilio“ binnen Kurzem vom Stapel laufen sollen, so hat der Marine-Minister die ersten Verfügungen zur Anschaffung von Panzern für dieselben getroffen. In den ersten Fabriken von Frankreich, England und Belgien sind Probepanzerplatten bestellt worden, deren Stärke durch Armstrong-Kanonen von hundert Tonnen, die für die italienische Marine bereitgestellt werden und im Laufe des nächsten Frühjahrs in Spezia eintreffen, erprobt werden soll. — Die Regierung beabsichtigt die Hafen- und Arsenalarbeiten in Venedig in diesem Jahre in umfassender Weise zu betreiben, damit selbst große Kriegsschiffe in das Arsenal einlaufen können.

[Die Ingenieure der Stadterweiterung] betreiben seit einigen Tagen eifrig die vorläufigen Messungen zur Ausführung des Liber-Regulirungs-Planes bei S. Paolo fuori delle Mura. Damit diese Arbeit keinen Vorzug erleidet, ist von den Localbehörden ein Decret veröffentlicht worden, wonach den Ingenieuren freier Zutritt zu den an der Liber gelegenen Grundstücken gestattet werden muß. Das Ministerium hat den Wunsch ausgesprochen, daß die Ingenieure im Laufe dieses Monats die Arbeit zu Ende bringen. Doch wird dies in Folge der vielfachen Schwierigkeiten thatsächlich wohl kaum vor Ende Februar der Fall sein.

Frankreich.

Paris, 10. Januar. [Zur Ministerkrise.] Aus den „Débats“ erfährt heute das Publikum, daß eine Ministerkrise bevorstehe. In einem Artikel, der offenbar von dem Finanzminister Leon Say inspirirt worden, erinnerten die „Débats“ daran, daß von jeher unter den Mitgliedern des jetzigen Cabinets starke Meinungsverschiedenheiten bestanden haben. So lange die Nationalversammlung nicht mit ihrer Aufgabe fertig war, sei es möglich gewesen mit Hilfe gegenseitiger Zugeständnisse das Ministerium zusammenzuhalten, aber heute, da es gilt, über die Haltung der Regierung bei den Wahlen einen Entschluß zu fassen und zu entscheiden, in welchem Maße sie die Candidaten begünstigen darf und welchen Candidaten sie den Vorzug geben soll, heute kommt der Zwist zum Ausbruch. Die Minister, die ehemals der Rechten angehört haben, suchen ihr Bündniß nach dieser Seite, während die Minister vom linken Centrum hauptsächlich auf die Niederlage der Bonapartisten bedacht sind. Man zieht die Person des Staatsoberhauptes in der bedauerlichsten Weise in den Wahlstreit. Wenn die Krise unglücklicherweise nicht mehr vermieden werden kann, schlossen die „Débats“, so wird Niemand sich darüber täuschen, wer die Verantwortlichkeit zu tragen hat. — Die Note hat ziemlich allgemeine Ueberrassungen hervorgerufen, obgleich man auf Aehnliches hätte gefaßt sein müssen, da seit zwei Tagen bekannt ist, daß nicht nur Dufaure und Leon Say, sondern auch der Unterrichtsminister Wallon den Beamten ihres Ressorts anempfohlen haben, sich von jeder Betheiligung an der Wahlpropaganda fern zu halten: eine Instruction, die im vollkommenen Widerspruch steht mit den Instructionen, welche Buffet seinen Beamten erteilt hat. Aber wie die „Débats“ mit Recht bemerken, besteht der Conflict im Cabinet schon seit lange, und nachdem unzählige Male das Gerücht von einer Ministerkrise in Umlauf gesetzt und wieder dementirt worden war, hatte man sich an den Gedanken gewöhnt, daß es bis zum Schluß der Wahlen beim Alten bleiben werde. Heute Nachmittag an der Börse commentirte man die Note der „Débats“ noch in dem Sinne, daß nur Leon Say ausscheiden werde, und da es hieß, dieser Minister würde durch Magne ersetzt werden, so sah die Finanzwelt von ihrem Standpunkt aus keinen Grund, sich aufzuregen zu lassen. Seitdem ist bekannt geworden, daß es sich nicht um Leon Say allein handelt. Die Geschichte der Krise ist nach den glaubwürdigsten Berichten diese. Am Sonntag wurde Leon Say zu Mac Mahon befohlen. Der Marschall machte dem Minister Vorstellungen darüber, daß der Letztere sich gemeinsam mit zwei Republikanern den Wählern der Seine-et-Oise als Senatscandidaten vorge stellt habe; daß der Minister sich von den Männern unterstützen lasse, welche seine, des Marschalls, Regierung bekämpfen, wie denn dieselben Männer im Arrondissement von Corbeil die Candidatur Valentins derjenigen des Polizeipräsidenten Leon Renault gegenüberstellen. Danach forderte also Mac Mahon den Finanzminister auf, die besagte Senatscandidatur zurückzugeben. Leon Say hat sich Bedenken aus bis zum folgenden Tage, und gestern hatten die Beiden eine neue Unterredung, in der Mac Mahon seine Beschwerden in etwas verschärfter Töne wiederholte mit dem Hinzufügen, daß Buffet die Politik des Cabinets durch Leon Say's Haltung aufs Aeußerste compromittirt glaube, daß er, der Marschall, sich nur sehr ungern von Leon Say trenne, und wie er hoffe, nicht auf lange Zeit. „Sie verlangen meinen Rücktritt?“ sagte Leon Say, worauf der Marschall bejahend mit dem Kopfe nickte. Natürlich gab der Minister nun sofort seine Absicht kund zurückzutreten, indem er den Marschall daran erinnerte, daß er mehrmals nur auf dessen ausdrücklichen Wunsch sein Portefeuille behalten habe, und daß übrigens die Candidatur seiner Gesinnungsgenossen, wie seine eigene nicht im Geringsten eine Feindseligkeit gegen die Regierung des Marschalls ausdrücke. Was den Polizeipräsidenten angeht, so sei derselbe bis zur Stunde sein persönlicher Freund. So beruhigt der „Temps“ über diese — man muß wohl sagen Ausweisung Leon Say's, die offenbar von Buffet veranlaßt worden. Hat Buffet es dabei zugleich auf die andern liberalen Minister abgesehen? konnte er darüber in Zweifel bleiben, daß Leon Say's Ausscheiden in dieser Form nothwendig auch Dufaure veranlassen müsse, seine Entlassung zu geben, und wollte er dahin gelangen, mit einem Schlage das Ministerium von allen nicht ganz reactionären Elementen zu säubern? Das bleibe dahingestellt. Als indes Dufaure gestern Abend, nachdem er von dem Geschehenen erfahren, dem Marschall seine Entlassung anbot, weigerte dieser sich, sie anzunehmen und er sowohl, als Buffet drangen in Dufaure, zu bleiben, man werde entweder Mathieu Bodet oder Teisserenc de Bort, die ungefähr dieselbe politische Färbung hätten, wie Leon Say, das Portefeuille der Finanzen übergeben. Dufaure ging gleichwohl nicht auf diese Vorschläge ein, und dabei leitete ihn jedenfalls das richtige Bewußtsein, daß es um all seine Popularität und den letzten Rest seines Ansehens bei den liberalen Parteien geschehen sein würde, wenn er sich auf diesen Handel einließ. So standen die Dinge vor dem Ministerrath, der auf heute Nachmittag berufen war, und über dessen Resultat bisher nichts verlautet! Dufaure hatte seine Rücktrittserklärung nicht zurückgenommen, und außerdem hatte Wallon und selbst der Duc Decazes, sowie der Arbeitsminister Caillaux die

Absticht ausgesprochen, Leon Say zu folgen. In der Polizeipräsident Leon Renault soll zurücktreten wollen. Die Verwirrung ist also groß. Die republikanischen Mitglieder der Permanenz-Commission sind heute zusammengetreten, und es ist die Rede davon, daß sie die Einberufung der Nationalversammlung verlangen wollen.

Paris, 11. Januar. [Zur Ministerkrise.] — Die Eröffnung der katholischen Universität von Paris. — Feier des Todestages Napoleon III. — Olivier.] Die „Debat“ berichtet heute über den Stand der Ministerkrise wie folgt: „Herr Leon Say hat gestern auf Verlangen des Marschallpräsidenten der Republik seine Entlassung gegeben; wir erfahren, daß im Laufe des Tages neue Besprechungen eingeleitet worden sind, deren Ergebnis wir noch nicht kennen.“ Zugleich meldet die offizielle „Agence Havas“: „Man versichert, daß die Schwierigkeiten, welche durch gewisse Wahlfragen veranlaßt werden, im heutigen Ministerrath beigelegt worden sind; es wird keine ministerielle Veränderung angezeigt.“ Aus dieser doppelten Mitteilung läßt sich schließen, daß, wenn nicht Buffet, so doch Mac Mahon durch die möglichen Folgen von Leon Say's Rücktritt erschreckt worden sind und daß man den Conflict im Ministerium wieder zu beschwichtigen sucht. Schon gestern äußerte übrigens der „Temps“ die Vermuthung, Buffet habe dem Marschall jene Folgen nicht klar gemacht. Denkbar genug, daß der Präsident der Republik wohl in der Entlassung des Finanzministers willigen wollte, daß er aber stutzig wurde, als auch Dufaure, Wallon, Billaud und sogar der Polizeipräsident L. Renault sich anstießen, Leon Say zu folgen. Den Bericht des „Temps“, über Mac Mahon's Unterredung mit dem Finanzminister druckt heute das „Journal de Debats“ vollständig ab, jedenfalls mit Bewilligung Leon Say's; seine Richtigkeit wird dadurch bestätigt. Uebrigens beweist auch die Eingangs erwähnte Note der „Debat“, daß Leon Say seine Entlassung nicht gegeben hat, sondern daß sie ihm aufgedrängt werden sollte. Damit widerlegt sich der Bericht des „Moniteur“, wonach der Finanzminister seinen Rücktritt ankündigt, weil er sich durch den Artikel des „Figaro“, in dem vor einigen Tagen an dieser Stelle die Rede war, beleidigt gefühlt hätte. Es läßt sich darum doch annehmen, daß dieser Artikel, der von Buffet selber inspirirt sein soll, eine Rolle bei der Krise gespielt hat; die gestrige Note der „Debat“ deutete auf ihn hin, indem sie von der immer gehässigeren Polemik der Blätter sprach. Ueber die Vorgänge im gestrigen Ministerrath liegen zuverlässige Mittheilungen nicht vor. Die „France“ behauptet, Mac Mahon hätte ihn damit eröffnet, daß er erklärte, die Entlassung Leon Say's nicht annehmen zu wollen. Es habe sich darauf eine Discussion zwischen Buffet und Leon Say entsponnen, worin drei Minister auf Seite des Letzteren traten. Buffet soll unter Anderem gesagt haben, er könne Niemanden als einen Freund des Marschalls betrachten, der mit den Radicals ein Bündniß eingehe. In Summa glaubt man heute an die Beibehaltung des ganzen Cabinets; aber der Vorgang der letzten Tage, in dem sich Buffet abermals als einen agent provocateur, als einen Gegner der Verfassung zu erkennen gab, wird schwerlich einen Mac Mahon und der Regierung günstigen Einfluß auf die allgemeinen Wahlen üben. — Die katholische Universität ist gestern in der ehemaligen Karmeliter-Kapelle der Rue Daugirard mit einer feierlichen Messe und einer Ansprache des Cardinal-Erzbischofs Guibert eröffnet worden. Herr Guibert sprach unter Anderem die Hoffnung aus, daß binnen einiger Zeit die Staatsuniversität vollständig verschwunden werde. Dann erst werde Frankreich wieder auf die Männer stolz sein können, die aus den Universitäten hervorgegangen. Der Prälat urtheilte sehr hart über die Gegenwart, die keinen einzigen hervorragenden Mann zu erzeugen vermag. Anders war es zur Zeit, da die Kirche die Gesellschaft beherrschte. Unsere Religion, sagt Herr Guibert, hat immer die Wissenschaft beschützt; sie ist wie ein Aroma, welches die Wissenschaft vor Verpestung bewahrt. Der Feierlichkeit wohnten etwa 600 Personen bei: sämmtliche Studenten und Professoren der neuen Universität (sie bildeten den kleinsten Theil der Versammlung, der Studenten sind etwa 80), eine große Zahl von Geistlichen und Vertretern religiöser Orden und eine Anzahl von Privatpersonen. — Die Bonapartisten haben gestern den Todestag Napoleons durch Tranenmessen in verschiedenen Kirchen gefeiert. In St. Augustin waren wie gewöhnlich die Häupter der Partei, an ihrer Spitze die Prinzen Murat, Rouher, Paul de Cassagnac u. s. w. versammelt. Das Publikum nimmt gar keine Notiz mehr von diesen Demonstrationen, die nicht-bonapartistische Presse ebensowenig. — Em. Olivier's zweiter Brief an die Wähler des Var-Departements giebt einen neuen Beleg für die naive Selbstüberhebung des Politikers. Wie die Masse der Franzosen von ihm denkt, davon macht sich der Mann auch jetzt noch keine Vorstellung. Er habe 12 Jahre lang, sagte er, das Bündniß der Demokratie mit einer starken Gewalt angestrebt; acht Millionen Bürger haben diese Politik gebilligt. Den Krieg mit Preußen habe er weder gewünscht noch hervorgerufen, im Gegentheil alles Mögliche gethan, um den Frieden zu erhalten. Wenn die Unversöhnlichen nicht dem Feinde den Feldzugsplan verrathen, wenn die Revolution nicht die Kräfte und Hilfsmittel zerstört und verschleudert hätte, wäre die Rhein-Armee schließlich doch siegreich geblieben!

Spanien.

Andoain, 5. Januar. [Aufhebung der Belagerung von Hernani.] — Carlistischer Kriegsrath. — Die Unthätigkeit der Regierungstruppen.] Von allen Orten des Kriegsschauplatzes — schreibt man der „Voss. Ztg.“ — hat wohl keiner ein so hartes Schicksal zu ertragen, wie Hernani, das nun seit 9 Monaten von den Carlissen unaufhörlich beschossen worden ist. 10,000 Granaten und 700 Bomben sind während dieser Zeit auf den Ort gefeuert, und man kann sich leicht vorstellen, daß dieselben in den engen Straßen und verhältnismäßig hohen Häusern eine bedeutende Zerstörung angerichtet haben; so existirt denn auch wirklich kein bewohnbares Gebäude mehr und die meisten sind sogar vollständige Ruinen, besonders in der Umgegend des Rathhauses, wo bekanntlich vor einigen Monaten etwa 150 Centner Pulver aufstiegen und Alles im weiten Umkreise zerstörten. Endlich ist die Belagerung aufgehoben, und das Verdienst, diesem nutzlosen Bombardement ein Ende gemacht zu haben, gebührt dem Grafen von Caserta, der seit etwa 3 Wochen Höschcommandirender der carlistischen Armee von Guipuzcoa ist. Die 10 in den dortigen Batterien befindlichen Geschütze haben eine andere Bestimmung erhalten und sind in zwei, vor einiger Zeit auf dem linken Ufer der Oria erbaute Forts, welche den Weg von San Sebastian nach Andoain und Tolosa beherrschen, gebracht worden; zwei weitere, in der Geschützgeheißerei in Alpeitia angefertigte gegogene bronzene Hinterlader von 12 Ctm. Kaliber, sind in Urteita stationirt, um nach Bedarf auf einen bedrohten Punkt gebracht zu werden. — Gestern ist Don Carlos hier angekommen, um die Linien von Guipuzcoa zu besichtigen; er kam in einem Specialzuge von Tolosa, in Begleitung eines zahlreichen Gefolges und wurde am hiesigen Bahnhof von den Spitzen der Militär- und Civilbehörden, sowie von einem Bataillon Gnaden empfangen, die seine Ehrenbegleitung auf den bevorstehenden Excursionen bilden werden. Nachdem am Nachmittag eine Parade über die ziemlich starke Garnison abgehalten worden war, versammelten sich am Abend

die Generale Rodriguez, Vera, Mengrovejo, Ezarraga und hielten unter dem Vorhise des Grafen von Caserta einen Kriegsrath, dem der König gegen Ende auf eine kurze Zeit beizuhöhen; heute Morgen brach die ganze Cavalcade zu Pferde auf, um die Vorpostenlinie bei Hernani und San Sebastian, sowie am Nachmittag die Geschützgeheißerei in Alpeitia zu besichtigen und, wenn möglich, noch vor Nacht nach Tolosa zurückzukehren. Im gestrigen Kriegsrath wurde unter anderen wichtigen Angelegenheiten auch die Frage erörtert, ob es nicht angezeigt sei, aus der bisherigen Defensivstellung zum Angriff gegen die Regierungstruppen vorzugehen, um dieselben von ihren Verbindungen mit der französischen Grenze abzuschneiden. Die Meinungen über die Möglichkeit eines günstigen Ausganges scheinen sehr getheilt gewesen zu sein; Ezarraga, ein ziemlich unternehmender General und im gegenwärtigen Moment jedenfalls der befähigste aller Carlissenführer, sprach sich eifrig für das Project aus und wies auf die für ein solches Unternehmen äußerst günstigen Positionen zwischen Mentoria und Las Cadenas hin, die in diesem Augenblick von den Carlissen stark besetzt sind, während ihnen nur einzelne Compagnien Regierungstruppen gegenübersehen. Auf der anderen Seite warf der Graf von Caserta seine Autorität als Höschcommandirender in die Waagschale und das Ende des Ganzen war, daß man zu keinem Resultate kommen konnte. Sicherlich verdient diese Idee Beachtung; sie ist einer der wenigen Lichtblicke, die in diesem Kriege das Dunkel der Geister erhellt haben, und daß sie ausführbar ist, unterliegt wohl kaum einem Zweifel, wenn man einen aufmerksamen Blick auf die beiderseitigen Stellungen in jenen Gegenden wirft; unglücklicher Weise für die Carlissen folgt aber nie die That dem Entschlusse auf dem Fuße und da beide kriegsfähigen Parteien ausgezeichnet von ihren Spionen bedient sind, so wird General Moriones wohl zeitig genug unterrichtet werden, um die Befestigung der bedrohten Gegend zu verstärken und so dem Schlage vorzubeugen. — Die Regierungstruppen verharren in einer ebenso unerschütterlichen wie unangreifbaren Thatenlosigkeit. Vor Weihnachten ergingen sich ministerielle Artikel in den offiziellen Madrider Journalen in lauten Klagen über die unglückliche Witterung, die den Truppen verbiete, nachdem nun alle Vorbereitungen beendet waren, den Feldzug zu beginnen und mit den Carlissen aufzuräumen; seit mehr wie 14 Tagen haben wir das herrlichste Wetter, man glaubt wahrlich im Monat Mai zu sein, und trotzdem beginnen die Operationen immer noch nicht — vielleicht ist es jetzt den Generalen zu warm; natürlich können wir auf einen langen Bestand dieser Temperatur nicht rechnen und es ist mehr wie wahrscheinlich, daß in einigen Tagen das Wetter umschlägt und dann den Truppen von Neuem die Möglichkeit raubt, ihrer Kampfbegierde Luft zu machen. Don Alfonso, der schon seit 8 Wochen auf dem Sprunge steht, nach dem Norden abzureisen, kann natürlich jetzt nicht kommen, ursprünglich verhinderte ihn das schlechte Wetter, dann, nach all' dem Regen und Schnee, wäre es unverantwortlich gewesen, das schöne Madrid, das im Frühlingssonnenschein glänzte, zu verlassen und sich in die nebligen Berge Guipuzcoa zu vergraben, und nun, nachdem dieser Vorwand bis zur Reize ausgenutzt ist, verbieten die angegriffene Gesundheit und die nahe bevorstehenden Cortes dem jungen Könige seiner Hauptstadt den Rücken zu kehren. Wenn die carlistischen Blätter auch vielleicht mit ihrer unsinnigen Herabsetzung der bestehenden Regierung gegen die gute Sitte und gesunde Vernunft gesündigt haben, so kann man doch diesmal nicht leugnen, daß sie ein gewisses Recht für ihre Glossen haben, und auch andere, sonst liberale Blätter stimmen jetzt in diesen Ton ein, der seinen Widerhall in weiten Kreisen findet. Die Unterhaltung der Armee kostet enorme Summen, die den ohnehin schon leeren Staatskassen vollständig auspressen und das Land mit jedem Tage einen Schritt weiter auf der Bahn des vollständigen Ruines treiben; nur ein glücklicher Ausgang, in der vollen Bedeutung des Wortes, kann die Gemüther von diesem Gedanken abbringen und sie weniger geneigt machen, den emsig conspirirenden Republikanern ein williges Gehör zu schenken und von ihrer Herrschaft zu erwarten, was die Monarchisten ihnen zu geben nicht fähig waren.

Afrika.

Kairo. [Ueber die Entthronung des Sultans von Harrar.] wird von hier folgendes mitgetheilt: Der Sultan von Harrar hatte einen einzigen Bruder, den er vor ungefähr fünfzehn Jahren ins Gefängniß werfen ließ, weil er sich gegen ihn aufgelehnt hatte. Alle Witten des Unglücklichen, für dessen Befreiung sich auch der Khedive sehr stark interessirte, ihn doch aus seiner Haft zu entlassen, blieben bei der notorischen Hartnäckigkeit seines Bruders fruchtlos. Erst als der Sultan hörte, daß die ägyptischen Truppen nicht mehr weit von seiner Hauptstadt ständen, ließ er sich herbei, dem im Kerker schmachtenden Bruder die Freiheit wiederzugeben, und bot ihm auch seine Hand zur gütlichen Aussöhnung an, welche dieser, jedoch nur beim Anschein nach, auch annahm. Bald darauf theilte ihm der Sultan mit, daß er, um sich von den seine Hauptstadt occupirenden ägyptischen Truppen zu befreien, mit den Gallas-Wölfen ein Bündniß abgeschlossen habe; in einer bestimmten Nacht werde eine Abtheilung derselben in die Hauptstadt dringen und dann im Verein mit den Truppen des Sultans über die dortige ägyptische Besatzung herfallen und sie gänzlich abschlagen. Daraufhin beilegte sich der noch immer Kairo brütende Bruder des Sultans, dem Anführer der ägyptischen Truppen in Harrar, Daud Pascha, Nachricht von diesem Complotte zu geben. Dieser ließ nun schnell den Sultan, seine Großen und einige bei ihm eben weilende Gallas-Häuptlinge gefangennehmen und sie auch gleich hinrichten. Dem Sultan ward in Gegenwart seines Bruders das Haupt abgeschlagen, und mit ihm wurden zugleich auch alle Theilnehmer an dem erwähnten Complotte, ungefähr hundert an der Zahl, hingerichtet.

Provinzial-Beitung.

Schlesischer Provinzial-Landtag.

H. Breslau, 12. Jan. [Sitzung vom 12. Januar.] (Schluß.)
Zu § 6, welcher lautet:
§ 6. Ein Corrigende wird entlassen, wenn die Zeit der von der Landes-Polizei-Behörde festgesetzten correctionellen Nachhaft, welche die Dauer von zwei Jahren nicht übersteigen darf, abgelaufen ist, oder wenn die Landes-Polizei-Behörde sich mit einer früheren Entlassung einverstanden erklärt.
Ueber die Entlassung von Armenhaus-Pfleglingen entscheidet die Landes-Armen-Behörde.
Handelt es sich um die Entlassung eines Ortsarmen (§ 1 Litt. C.), so sind die Entlasser unter allen Umständen verpflichtet, den zu Entlassenden auf Verlangen der Anstalts-Verwaltung abholen zu lassen.
Wider ihren Willen können Armenhaus-Pfleglinge in der Anstalt nicht zurückgehalten werden, sie müssen aber, wenn sie entlassen werden wollen, nachweisen, daß sie ihren Unterhalt ohne Anspruchnahme der öffentlichen Armenpflege sich selbst zu verschaffen in der Lage sind.
beauftragt die Commission bei Absatz 3 folgenden Zusatz:
„Sind die Entlasser hierin säumig, so ist es der Verwaltung freigestellt, die Rückführung auf Kosten des Armen-Verbandes zu bewirken. Für jeden Verpflegungsbetrag nach dem bestimmten Entlassungsstermin ist der doppelte Betrag der bisherigen Verpflegungskosten zu zahlen.“
Der Landtag nimmt diesen § mit dem Zusatz an.
Alle übrigen §§, welche die erforderlichen Bestimmungen bezüglich der Leitung der Anstalt, der Anstellung der Beamten u. s. w. enthalten, werden unverändert angenommen.
10) Rechnung der Provinzial-Hilfskassen pro 1873 und 1874.
Nachdem der Abg. Graf Stosch kurz resumirt hat, beschließt der Landtag:
a. über die Rechnung pro 1873 ohne Vorbehalt Decharge zu erteilen;
b. die im Jahre 1874 bei den Verwaltungskosten vorgekommene Staats-überschreitung zu genehmigen; — c. über die Rechnung pro 1874 mit Vorbehalt der späteren Erlebigung der Notizen 1, 2 und 3 des Revisions-Berichtes Decharge zu erteilen.
11) Etat der Provinzial-Hilfs-Kasse für Schlesien pro 1876.

Dieser Landes-Deputation legt einen von der Direction der Provinzial-Hilfs-Kasse aufgestellten und von der Deputation genehmigten Entwurf zu diesem Etat pro 1876 vor, mit dem Antrage: denselben genehmigen und in Einnahme und Ausgabe auf je 842,500 Mark festsetzen zu wollen. — Die Zinsen-Einnahme ist veranschlagt auf 418,500 M.; die Zinsen-Ausgabe dagegen auf 320,000 Mark, von dem Ueberschusse von 98,500 Mark sind 6900 Mark an Verwaltungskosten zu decken. Von den übrigen 91,600 Mark ist 1/2 zur Vermehrung des Stammcapitals mit 22,900 Mark in Ausgabe zur Capitalisirung übertragen und der Rest von 68,700 Mark zur Disposition des Landtages (zu öffentlichen und allgemein wohlfühligenden Zwecken, § 20 des Statuts) ausgeworfen.

Referent, Abg. Graf v. Stosch, motivirt folgende Anträge des Finanz-Ausschusses:

Der Provinzial-Landtag wolle beschließen:
den Etat der Provinzial-Hilfs-Kasse für Schlesien pro 1876 in Einnahme und Ausgabe auf 842,000 Mark festzustellen und zugleich folgende Resolution fassen:

Es ist wünschenswerth, den Etat in Zukunft in folgenden Punkten näher zu specificiren:

I. ad Titel III. der Einnahme durch Anführung der Haupterlebenssummen, auf welche die im Etat angeführten Summen als Tilgungsraten eingehen;

II. ad Titel X. der Einnahme und Titel IX. der Ausgabe durch Anführung der einzelnen Positionen, aus welchen nach Maßgabe des Erlebensberichts ad 3 und 6 sich diese Titel zusammenheben, unter gleichzeitiger Beifügung der Capitalbeträge, von welchen die Zinsen eingehen.

Der Landtag tritt diesen Anträgen ohne Discussion bei.

12) Vorlage der königlichen Regierung über die Aufhebung des Lebensverbandes u. s. w. Wir haben in Nr. 11 d. Ztg. den bezüglichen Gesetzentwurf bereits mitgetheilt.

Referent Abg. Koch begründet in kurzer Ausführung folgende Anträge des Ausschusses und empfiehlt deren Annahme:

Der Provinzial-Landtag wolle beschließen, den vorliegenden Gesetzentwurf mit folgenden Modificationen anzunehmen:

1) Zu § 10: Alinea 1, statt 2000 Thlr. zu sagen 2500 Thlr., Alinea 2 dahin zu fassen: „Von diesem Reinertrage muß nach Maßgabe der Vorschriften §§ 52–53, Th. II, Tit. 4, A. L.-R. dem Fidei-Commis-Besitzer wenigstens die Hälfte zur freien Verwendung bleiben.“

2) Zu § 11: S. 522 nach der ersten Zeile Folgendes hinzuzufügen: „Geht die dem verstorbenen Lebensbesitzer zugestandene vierjährige Frist erst nach Ablauf dieser 2 Jahre zu Ende, so kommt dem Allobial-Erben noch der volle Ueberrest des vierjährigen Zeitraums zu Statuten.“

Abg. Bassenge-Hirschberg macht darauf aufmerksam, daß der Landtag den Gesetzentwurf nicht annehmen, sondern nur zu begutachten habe. Er empfiehlt daher, daß in dem erforderlichen Gutachten gesagt werde, es seien in dem Entwurfe folgende Modificationen anzunehmen:

1) Zu § 1 c. wie oben.

Abg. Graf Stolberg beantragt, zu sagen, „der Landtag wolle den vorliegenden Gesetzentwurf mit folgenden Modificationen zur Annahme empfehlen.“

Nachdem Abg. Bassenge, sowie der Referent sich hiermit einverstanden erklärt haben, tritt der Landtag dieser Fassung bei.

In der demnächst eröffneten Special-Discussion werden die §§ 1–5 ohne Discussion angenommen.

Zu §§ 6 und 7 beantragt Abg. Dr. Zimmermann folgenden Zusatz:

Der Provinzial-Landtag wolle beschließen, der königlichen Staatsregierung zu empfehlen den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Auflösung des Lebensverbandes der in dem Herzogthum Schlesien, der Grafschaft Glatz und den preussischen Theil der Oberlausitz belegenen Leben unter Abänderung der §§ 6 und 7 den Lebensbesitzern ohne Descendenz das in § 9 Alin. 2 angeführte Recht zu erteilen, das Leben in ein Fidei-Commis für die lehnberechtigten Familien nach Maßgabe der Bestimmungen desselben Gesetzes zu verwandeln.

Abg. Dr. Zimmermann fährt zur Begründung seines Antrages aus, daß derselbe den Grundprincipien des Gesetzes nicht widerspreche, sondern nur das bestimmt sei, einem Unterschiede, der im Gesetz zwischen den Personen der Lebensbesitzer gemacht werde, seine Schädlichkeit zu nehmen.

Abg. Dr. Ritter bittet, diesen Antrag abzulehnen, da er eine Beschränkung des Lebensbesitzers in seinen Rechten involvire.

Abg. Graf Jedlich erklärt sich im Wesentlichen mit den Anschauungen des Abg. Dr. Zimmermann einverstanden, doch bezweifelt er, daß eine Rechtsungleichheit vorhanden sei.

Der Landtag nimmt den Antrag des Dr. Zimmermann an. Die folgenden §§ 12–19 werden ohne Discussion und demnach das ganze Gesetz in dem Sinne angenommen, daß letzterer in dem abzugebenden Gutachten, als mit den beschlossenen Modificationen zur Annahme zu empfehlen sei.

13) Zweite Beratung der Vorlage, betreffend die Wahl des Landes-Schultheißen und der oberen Beamten.

Referent Abg. v. Jedlich empfiehlt die Annahme folgender Anträge:

I. Der hohe Landtag wolle a. die Wahl und Amtsperiode des jetzt zu wählenden Landes-Directors (Landeshauptmanns) auf 6 Jahre, vom Tage der Allerhöchsten Bestätigung ab, festsetzen, — b. das Dienstverhältnis des Landes-Directors (Landeshauptmanns) auf denjenigen Betrag (12,000 Mark Gehalt und 900 Mark Wohnungsgeld) normiren, welchen der bisherige Landes-Schultheißen bezogen hat, — c. unter diesen Bedingungen den bisherigen Landes-Schultheißen, Herrn Graf von Bädler, zum Landes-Director (Landeshauptmann) wählen.

II. Der hohe Landtag wolle ferner: a. dem Landes-Director (Landeshauptmann) zwei obere Beamte zuordnen, — b. dieselben auf Lebenszeit berufen, — c. das Einkommen dieser beiden Beamten auf denjenigen Betrag feststellen, auf welchen die Gehälter und Emolumente der bisherigen Beamten normirt waren, — d. unter diesen Modalitäten den königlichen Regierungs-Rath Herrn Marcinowski und den königlichen Landrath a. D. Herrn Freiherrn von Seherr-Lohs wählen.

Der Landtag tritt beiden Anträgen einstimmig bei.

Graf Bädler nimmt die Wahl mit folgender Ansprache an: „Niemand ist von der Ueberzeugung mehr durchdrungen als ich, daß meine Leistungen sehr weit hinter meinem Willen und Wünschen zurückgeblieben sind.“

„H. S. Sie haben mir durch meine Wiederwahl ein großes Vertrauen erwiesen. Wenn ich durch meine Familie und durch meinen Besitz eng mit der Provinz verbunden bin, so können Sie sich wohl denken, daß es für mich kein befriedigenderes Gefühl geben kann, als für die heimathliche Provinz mich nützlich zu machen. Bei meinen geringen Kräften bedarf ich aber dazu Ihre volle Rücksicht, Ihr Vertrauen und Ihr Wohlwollen. Ich bitte Sie darum und in der Ueberzeugung, daß Sie mir das gewähren werden, übernehme ich dankend das Amt und hoffe mit Gottes Hilfe, wenn Se. Majestät der König meine Wahl bestätigt, mit Ihnen Hand in Hand für das Wohl unserer heimathlichen Provinz wirken zu können! (Bravo!).“

14) Zweite Beratung der Vorlage der Landes-Deputation, betreffend die Rechnungen über den Oberschlesischen Waisenfonds pro 1873 und 1874 (Drucksache Nr. 32). Der Antrag des Ausschusses: Die Decharge über beide Rechnungen zu erteilen, — wird angenommen.

15) Beschlußfassung über die Reihenfolge, in welcher die stellvertretenden Mitglieder des Provinzial-Ausschusses einzuzuberufen sind.

Namens des Verfassungsausschusses referirt Landrath v. Seydebrandt-Militz.

Nach § 47 der Provinzialordnung wird die Zahl der Stellvertreter, sowie die Reihenfolge, in welcher dieselben einzuberufen sind, durch das Provinzial-Statut bestimmt. Die Majorität des Verfassungsausschusses hat sich dafür ausgesprochen, daß für jedes Mitglied des aus 13 Mitgliedern bestehenden Provinzial-Ausschusses ein Stellvertreter gewählt, welcher gründerlichen Falles das Mitglied, zu dessen Stellvertreter er gewählt worden, zu vertreten habe. Für dieses Princip der individuellen Stellvertretung sprachen so wesentliche Momente, daß der Einwand der Minorität, daß, falls auch der Stellvertreter an der Theilnahme an den Verhandlungen verhindert sei, in diesem Falle für keine Stellvertretung georgt sei, und daß der § 47 der Provinzialordnung seinem Wortlaut nach eine individuelle Stellvertretung nicht im Auge habe, als nicht stichhaltig anerkannt werden konnte.

Abg. Graf v. Hauffville stellt den bestimmten Antrag, für jedes Mitglied des Provinzial-Ausschusses einen bestimmten Stellvertreter zu wählen und diesen im Falle der Behinderung einzuberufen. Co. bittet er, seinem Vorschlage zustimmen, daß, falls auch der Stellvertreter an der Theilnahme an den Verhandlungen des Provinzial-Ausschusses verhindert werde, das Loos über den in diesem Falle einzuberufenden Stellvertreter entscheiden soll.

Schließlich des letzten Punktes werden noch zwei andere Vermittlungsanträge gestellt, beide aber zurückgewiesen und soll nach dem Antrag des Abg. v. Seydebrandt die Entscheidung wegen der Stellvertretung für den Fall, daß ein Mitglied und der Stellvertreter desselben verhindert sind, dem Provinzial-Ausschuß selbst überlassen bleiben. Graf v. Hauffville zieht sein Vorschlagsmoment zurück. Bei der Abstimmung beschließt der Landtag nach

dem Antrag des Grafen d'Haussonville für jedes Mitglied einen persönlichen Stellvertreter zu wählen.

Die auf der Tagesordnung stehende Wahl des Stellvertreters des Vorsitzenden des Provinzial-Ausschusses v. Seydewitz wird auf den Antrag der Abgg. Fürsten Hohenlohe, Herzog von Ujest — ein Antrag, der von dem Herzog von Ratibor unterstützt wird — von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

16) Wahl der Mitglieder des Provinzial-Ausschusses und ihrer Stellvertreter. Zu Wahlberechnern werden die vier Schriftführer Frhr. v. Schierst, v. Berlesch, Dr. Ritter und Bürgermeister Winkler ernannt. Nach der Beilegung des Wahl-Reglements beantragt v. Ritter Acclamationswahl und zwar die Wahl der 13 in Vorschlag gebrachten Mitglieder des Provinzial-Ausschusses auf einmal durch Acclamation zu vollziehen.

Gegen diesen Modus der Acclamationswahl protestirt Abg. Ritscher-Brig. Abg. Schröder-Breslau beantragt ebenf. über jeden Candidaten einzeln die Acclamationswahl zu vollziehen.

Die Versammlung stimmt diesem Antrag bei.

Das erste für den Provinzial-Ausschuss vorgeschlagene Mitglied ist Oberbürgermeister Gobbin. Derselbe wird durch Acclamation gewählt. — Das zweite Mitglied ist Landrath v. Sydow-Görlich. Abg. Ritscher-Brig. erhebt Protest gegen die Acclamationswahl. Bei der Stimmzettelwahl werden 122 Stimmen abgegeben. Die absolute Majorität beträgt 62. Landrath v. Sydow erhält 59, Kreisdeputirter Duoss-Goldberg-Hainau 53 Stimmen, 5 Stimmen zerplittern sich auf drei andere Abgeordnete.

Die zur Wahl notwendige absolute Majorität ist somit nicht erreicht und es wird zur zweiten Wahl zwischen Abg. Landrath v. Sydow und Abg. Duoss geschritten. Im zweiten Wahlgange werden 122 Stimmen abgegeben. Dabon fallen 63 auf Landrath v. Sydow, der somit zum Mitglied des Provinzial-Ausschusses gewählt ist. Die Wahl der übrigen Mitglieder wird durch Acclamation vollzogen. Es werden gewählt:

Gr. Udo Stölberg-Landesbut, Graf Jedlig-Freistadt, Oberbürgermeister v. Jordan, Justizrath Schneider-Brig, Landraths-director v. Uthmann-Trebnitz, Frhr. v. Jedlig-Glab, Dr. Webst, Waldenburg, Geh. Reg.-Rath v. Schadow-Opeln, Geh. Rath Grundmann-Katowitz, Bürgermeister Winkler-Reisse, Gutsbesitzer Alldorf-Reisse.

Die Wahl der Stellvertreter wird auf Antrag des Abg. v. Riber durch Acclamation und zwar in einer Abstimmung vollzogen. Es werden zu Stellvertretern und zwar in der Reihenfolge der gewählten Mitglieder gewählt Oberbürgermeister Martins-Glogau, Landrath Prinz Reuss-Hirschberg, Graf Stoll-Grünberg, Duoss-Goldberg-Hainau, Dr. Le-wald-Breslau, Trautwein-Bernstadt, Werner-Leubus, Graf York v. Warlenburg-R.-Oels, Dr. Nidel-Waldenburg, v. Steinig-Schönwald, Bergath-Scherbening-Sipine, Bürgermeister Käster-Deuthen D.-S., v. Dobschütz-Rodperndorf.

Schluss der Sitzung 4 Uhr. Die nächste Sitzung findet Donnerstag, den 13. Januar, statt.

— Breslau, 12. Januar. [Die Wahlen zum Provinzial-Ausschuss.] In der heutigen Sitzung des Provinzial-Landtages wurde mit den Wahlen der Mitglieder des Provinzial-Ausschusses der wichtigste Act, welcher der Beschlussfassung des Hauses oblag, vollzogen. Eine von den verschiedenen Regierungsbezirken vereinbarte Liste fanden die Abgeordneten gedruckt auf ihren Plätzen. Es wurde die Wahl per Acclamation (siehe den ausführlichen Sitzungsbericht) für alle vorgeschlagenen Candidaten vorzunehmen beantragt. Die Vorschlagsliste begann mit den 4 Candidaten des Regierungsbezirks Liegnitz und wurde der erste der vorgeschlagenen Mitglieder, Oberbürgermeister Gobbin, durch Acclamation gewählt. Bei der Wahl des zweiten Mitgliedes, als welches Landrath v. Sydow-Görlich in Vorschlag gebracht war, wurde gegen die Acclamationswahl Widerspruch erhoben. So weit wir informiert sind, war das Motiv zu diesem Protest ein rein sachliches und in keiner Weise ein persönliches. Man ging dabei von der Erwägung aus, dass der Landtag überhaupt keine Mitglieder in den Provinzial-Ausschuss wählen sollte, welche das Amt eines Landraths bekleiden, um so in keiner Weise die passive Wahlbarkeit der Mitglieder des Provinzial-Ausschusses in den Provinzialrath zu beschränken, welchem Landraths nach den Bestimmungen der Provinzialordnung nicht angehören dürfen. Obendrein waren vom Regierungsbezirk Liegnitz bereits drei Vertreter aus der Ueberzahl für den Provinzial-Ausschuss in Vorschlag gebracht worden, während Land- und Stadtfreis Liegnitz nur durch einen Candidaten vertreten war. Die übrigen Wahlen vollzogen sich nach den Vorschlägen der Bezirke durch Acclamation, ebenso die der Stellvertreter ohne jeden Widerspruch.

** [Mit der Feier des 73jährigen Stiftungsfestes] der schlesischen Gesellschaft können auch die verschiedenen Sectionen die Erinnerung an ihre Gründung verbinden. Die medicinische Section ist die älteste, erfüllt 66 Jahre, die pädagogische Section 65 Jahre, die naturwissenschaftliche 56 Jahre, die historische 56 Jahre, die botanische Section 51 Jahre, die technische Section 50 Jahre, die musikalische Section 45 Jahre, die meteorologische 42 Jahre, die Section für Obst- und Gartenbau 28 Jahre, die philologische Section 28 Jahre, die juristische 22 Jahre, die archäologische Section 9 Jahre, die hygienische 1 Jahr.

[Ueber die Dynamit-Explosion in Mittel-Lagewitz.] Sonntag, den 9. d., Nachmittags 2½ Uhr, explodirte, wie bereits gemeldet, in dem großartigen massiven und zweistöckigen Hause des Schänkers Wudjinski an der Bagewitzer Chaussee, unweit der Niebula eine Quantität Dynamit, die man auf etwa ein Kilogramm schätzen darf. Durch die Gewalt des Sprengstoffes wurden, wie das „N. Westf. Stahlb.“ berichtet, zwei Fensterfelder bis unter das Dach zertrümmert und als Schutt nach Außen geworfen. Im Innern war der halbe Schornstein vernichtet, mehrere Innenwände zerstört und einige Balken herabgestürzt. Auf Anordnung des Kreisbau-meisters musste das Haus von den Bewohnern geräumt und sollte sobald wie möglich eine Abtheilung des Daches und der hängenden Theile in das Werk gesetzt werden. Verletzt waren 9 Personen, darunter 2 Kinder von 9 und 3 Jahren sofort todt, ein 6jähriger Knabe hatte eine starke Gehirnerschütterung und ein anderer eine starke Quetschung des Unterleibes erlitten. Die übrigen Verletzten wiesen mehr oder minder erhebliche Quetsch- und Brandwunden auf. Wie man hört, hat der Bergmann Pionet Dynamit in seiner Wohnung aufbewahrt und war im Begriff, Patronen auf dem Ofen zu erhitzen.

[Ein entsetzliches Ereignis.] wird aus Lichtenau (Kr. Lauban) gemeldet. In der zu diesem Dorfe gehörigen Colonie Obensulz wohnte der Tischler Müller mit seiner Frau allein in einem kleinen Häuschen. Am Montag früh kam der Amtsdienner, ein Müller zum Schneefahren zu bestellen, fand jedoch keinen Einlass, da das Haus verschlossen war. Als auch auf wiederholtes Pochen nicht aufgemacht wurde, wurde die Thüre gewaltsam geöffnet. Bei dem Eintritt fand man im Vorraum des Hauses den Tischler Müller mit durchschnittenem Halse todt am Boden liegend und in dem Wohnzimmer die Leichen der Frau und des Kindes, sowie ein Weib, mit welchem die beiden augenscheinlich eifersüchtig waren. Es ist kein Zweifel, dass Müller diese Untat verübt und sich aus Verzweiflung darüber selbst den Tod gegeben hat. Derselbe lebte zwar mit seiner Frau ganz gut, war aber ein sehr jähwüthiger Mensch.

C. Neumarkt, 12. Januar. [Eine der schönsten Ueberraschungen] ist unserer Stadt am 11. d. M. geworden. Sr. Excellenz der Herr General der Infanterie v. Kirchbach, welchem seine Vaterstadt Neumarkt nach Beendigung des glorreichen Krieges 1870—71 das Ehrenbürgerrecht verlieh, hat in Rücksicht auf die in diesem Winter anhaltende strenge Kälte, den Armen der Stadt Neumarkt ein Geschenk von 1000 Mark gemacht. Dies Wohlwollen des Helden von Weissenburg und Wörth hat in allen Kreisen hieselbst große Freude hervorgerufen und wird, wie wir hören, das Geschenk sofort im Sinne des edlen Gebers vertheilt werden.

Δ Oslau, 11. Januar. [Statistisches. — Simultanschule. — Schulbauten.] In die Register des hiesigen Standesamtes sind im abgelaufenen Jahre eingetragen worden 304 Geborene (darunter 162 männliche, 134 weibliche, 8 todgeborene; von ihnen sind 44 uneheliche); als gestorben 120 männliche, 105 weibliche, in Summa 225 Personen und verheiratet 46 Paare. — In der evangelischen Kirchgemeinde Oslau wurden im Jahre 1875 getraut 45 Paare; es wurden geboren 163 männliche, 136 weibliche, zusammen 299 Personen, darunter 37 uneheliche und 4 todgeborene. Es starben 93 männliche und 61 weibliche, in Summa 171 Personen, so dass 128 Personen, fast 50%, mehr geboren wurden als gestorben sind. — Veranlaßt durch die bevorstehende Neubesezung des hiesigen Rectorats ist die bereits früher gehegte Absicht, die 11 evangelischen und 6 katholischen Klassen der hiesigen Stadt-Vollschule in eine Simultanschule zu verschmelzen, aufs Neue in den Vordergrund getreten. In beiden städtischen Körperschaften findet dies Project, wie es scheint, freudigen Anklang, so dass Seitens der Stadt die Angelegenheit energisch betrieben werden dürfte und ihre baldige Erledigung wohl in Aussicht steht. Eine Schwierigkeit würde wohl nur dann erwachen, wenn die Unterbringung sämtlicher 17 Klassen in ein und demselben Schulgebäude zur unumgänglichen Bedingung der be-

hördlichen Bestätigung gemacht würde. — Im Sprengel der hiesigen Schulinspection, welche auch beträchtliche Striche des Breslauer Landkreises umfasst, sind im letzten Jahre zwei neu erbaute Schulhäuser — in Münch-witz, Kreis Breslau, und Weiskowitz, Kreis Oslau, ihrer Bestimmung übergeben worden. Letzteres ist ein imposanter Bau, vier stöckige, je 90 Kinder aufzunehmende Lehrsäle und geräumige Lehrerwohnungen enthaltend. An mehreren anderen Orten sind neu resp. umfassende Umbauten eingeleitet, sogar auch die Gründung neuer Schulsysteme z. B. in Neudor-witz, in Aussicht genommen worden.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 12. Januar. Die Börse trug auch heute eine ganz indifferente Physiognomie, denn nicht nur blieb der geschäftliche Verkehr auf ein Minimum beschränkt, sondern es fehlten ebenso alle irgend wie bestimmenden Momente. Die unter solchen Umständen es nicht anders sein kann, so war man auch heute im Allgemeinen geneigt, dem an sich geringfügigen Angebot eine größere Bedeutung beizulegen. Bei Beginn des Geschäftes war die Stimmung ziemlich fest und es konnten auch die tonangebenden Speculations-effekten mit höheren Notirungen einsehen. Die Festigkeit stützte sich zum Theil auf auswärtige Coursmeldungen, die eine schwache Besserung der resp. Plätze erkennen ließen. Bald darauf schwächte sich die Haltung wieder ab und es blieb ein bei Beginn der zweiten Vorstunde erneuter Anlauf zur Besserung von kurzer Dauer, da man auch politischen Gerüchten, wie der Notiz der „Weiser-Zeitung“, betreffend die Vereinfachung zur Ausrüstung dreier deutscher Kriegsschiffe, nicht eben das Ohr verschloß. Die internationalen Speculationspapiere blieben ihre geringe Courssteigerung ein und schlossen noch unter den gestrigen Schlussnotirungen. Eine Ausnahme machten eigentlich nur Lombarden, für die eine recht feste Stimmung herrschte und die auch ca. 4 Mark über gestriger Notiz schlossen. Oesterreichische Nebenbahnen blieben still, Galizier wiederum matter. Die localen Speculationspapiere fanden wenig Beachtung. Disconto-Commandit 125,25, ultimo 125¼—5—5¼, Dortmund Union 10,25, Laurahütte 67,25, ult. 67—7¼ 67. Für aus-wärtige Staatsanleihen war die Stimmung wenig günstig, österreichische Renten waren eher offerirt, Loosie unverändert, Italiener und Türken zeigten sich recht fest, russische Werthe still, Bodencredit besser, ebenso zogen von Prämienanleihen de 1864 an. Preussische Fonds und ebenso die anderen deutschen Staatspapiere sehr ruhig. Kurssch. Loosie matter, preuss. Prioritäten recht fest ohne größere Lebhaftigkeit, Anhalter C. in belagreichen Posten zu 95 aus dem Markt genommen, Schleswiger 4¼ % in gutem Verkehr, österreichische Prioritäten fest, aber still, Kaschau-Overberger anziehend. Auf dem Eisenbahn-Aktienmarkt behaupteten sich meist gestrige Schlusscours. Anhalter niedriger. Potsdamer beliebt, auch Halberstädter rege. In einigen leichten Actien wie Märkisch-Potener, Salla-Sorauer und Görlitzer ziemlicher Umsatz. Banaction still. Centralbank für Industrie zog etwas an. Han-noversche Bank zu besserem Course begehrt. Engl. Wechselbank beliebt, Vereinsbank Quisfort höher, Braunsch.-Hann. Hypoth. und Medlenb. Bodencredit bei regem Geschäft steigend. Industriepapiere fast ganz geschäftslos. Bedrauer ging zu besserem Course um, Triergeren Westend besser, Replun steigend. Eggenhof Maschinen beliebt. Görlitzer Eisenbahnbedarf. Norddeutsche Eisenbahnbetriebsmater. rege. Schlesische Jint.-Prioritäten beliebt. Sibirien zog etwas an. — Um 2¼ Uhr: Tendenz matt. Credit 331¼, Lombarden 197 Gd., Franzosen 515 Br., Reichsbank 163, Disconto-Commandit 124¼, Dortmund Union 10,20, Laurahütte 66¼, Köln-Mindener 92¼, Rheinische 110, Bergische 76¼, Rumänen 27¼. (Bank u. H.-B.)

H. Breslau, 12. Jan. [Handelskammer.] In der heut abgehaltenen Plenarsitzung gelangte zur Erledigung:

1) Einführung der neu resp. wiedergewählten Mitglieder der Handelskammer. Die durch die Handelskammer-Wahl vom 14. December neu resp. wiedergewählten Mitglieder: S. Fringsheim, E. Schöller, Director Dr. Glauer, Commerzien-Rath Werther, Commerzien-Rath Heimann, J. Freund, F. Meyersdorf, Geheimer Commerzien-Rath von Vuffler, S. Eppenhein.

Der Vorsitzende begrüßt die wiedergewählten Mitglieder und verpflichtet das neu gewählte Mitglied, S. Fringsheim, durch Handschlag an Eidesstatt.

2) Wahl des Präsidiums. Dieselbe fällt mit Einstimmigkeit auf die Herren Commerzien-Rath Friedenthal und Commerzien-Rath Consul Molinari.

3) Wahl der Vörsen-Commission für das Geschäftsjahr 1876. Für das Jahr 1875 fungirten als Vörsen-Commissare die Herren: Commerzien-Rath Heimann, G. Kopisch, S. Eppenhein, Em. Freyhan, D. Lipmann, Alb. Gutmann, G. Hamburger, S. Sadur, Ip. Görlitz, M. Alexander, M. Lyon und Ad. Hamburger. Dieselben werden einstimmig wiedergewählt.

Geschäftsbericht der Handelskammer für 1875. Die Handelskammer hatte im abgelaufenen Jahre den Tod eines Mitgliedes, des Herrn Commerzienrath Caro, welcher seit dem Jahre 1856 derselben angehörte, zu beklagen.

Es wurden im Jahre 1875 von der Kammer 10 öffentliche und 10 geheime Plenarsitzungen (gegen 8 öffentliche und 8 geheime Sitzungen im Vor-jahre), ferner 58 Commissionssitzungen, gegen 42 im Vorjahre, abgehalten. Zur Erledigung gelangten nach Ausweis des Eingangsregisters 1193 Vor-lagen, gegen 1032 im Vorjahre.

Außer den größeren periodischen Arbeiten, dem Jahresbericht pro 1875, den Quartalsberichten an den Herrn Regierungspräsidenten über die allge-meine Lage des Handels und der Industrie im hiesigen Verwaltungsbe-zirke, den Berichten über den Zoll- und Handelsmarkt sind folgende wichtigere Arbeiten der Handelskammer herbeizuführen:

— Gutachten über den Handelsvertrag zwischen Deutschland und Rumänien.

— Antrag auf Mitwirkung der Handelsvorstände bei Erneuerung der Han-delsverträge. — Antrag auf Errichtung eines russischen Consulates in Breslau.

— Gutachten über die Einführung eines einheitlichen Numerierungssystems für Gespinnte.

— Petition um eine verhältnismäßige Erhöhung des der Reichsbank zuzu-weisenden Betrages von ungedruckten unterzeichneten Noten. — Gutachten über die Ausdehnung des Giro-Verkehrs bei der Reichsbank. — Gutachten über den Entwurf einer Instruction für die Einrichtung des Giro-Verkehrs bei der Reichsbank.

— Antrag auf Publication russischer Zoll-Verordnungen durch den Reichs-Anzeiger.

Verhandlungen wegen Aufhebung der Polizei-Verordnung vom 1. Octbr. 1874 über das Rauchen der Fabrik-Schornsteine. — Erhebungen über die Lohnverhältnisse der hiesigen Fabrikarbeiter. — Gutachten über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Glashütten.

Verhandlungen wegen unentgeltlicher Hergabe von Localitäten für die hierorts zu errichtenden Filial-Telegraphen-Stationen.

Verhandlungen mit den Verwaltungen der hier einmündenden Eisenbahnen wegen Bildung von Eisenbahnräthen. — Gutachten über den Ent-wurf eines Reichseisenbahngesetzes. — Antrag, den Bau einer Verbindungs-Bahn zwischen der Oberschlesischen Eisenbahn und dem Schlachthofmarkt betreffend. — Verhandlungen mit den Directionen der hier einmündenden Bahnen wegen Bildung einer Liste von Sachverständigen für Abklärung von Güterbeschädigungen. — Gutachten über die von der Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn beabsichtigte Einführung der obligato-rischen Abrollung von Stückgütern. — Anträge an die Directionen der hier einmündenden Bahnen, betreffend die Haftpflicht der Bahnverwaltungen bei Selbstverladung von Stückgütern durch den Abnehmer. — Verhandlungen mit der kgl. Direction der Oberschlesischen Eisenbahn wegen Aufhebung des Stettiner Getreide-Ausnahmestats und Beschwerde über das Verfahren der Verwaltung der Oberschlesischen Eisenbahn in derselben Angelegenheit bei dem Handelsminister und dem Reichseisenbahnministerium.

Gemeinschaftlicher Antrag der Handelskammer und der städtischen Be-förden auf Gewährung einer Staatsbeihilfe für den Hafenbau. — Anträge an den Herrn Handelsminister über den gegenwärtigen Stand der Seil-schleppschiffahrt-Angelegenheit.

Petition an den Reichstag und Bundesrath um Prolongation des Termins für Aufhebung der Eisenzölle. — Petition an den Reichstag um Abhebung des Vorkostenvergütungs.

Auf Requisition der Gerichtsbehörden gab die Handelskammer 42 Gut-achten über freireligiöse Mancen ab und ertheilte auf 37 Anfragen Auskunft über Cours- und Preisnotirungen.

Sie war durch Delegirte vertreten bei der außerordentlichen Generalver-sammlung des Deutschen Handelstages zu Berlin, bei dem 12. Schlesischen Gewerbetage zu Reisse, bei drei Eisenbahn-Conferenzen der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn zu Berlin und der Eisenbahn-Conferenz der Oberschlesischen Eisenbahn.

Die Vörsen-Commission erledigte in 16 Plenarsitzungen (gegen 13 i. V.) 70 Vorlagen.

Der Besuch der Vörsenversammlungen war wiederum geringer als im Vorjahre. Es besaßen die Versammlungen 678 einheimische Mitglieder, 42 Fremde mit Jahreskarten, 1733 durchreisende Fremde, 36 Handels-matler, 3 Schiffsmatler, 157 Handlungsgehilfen.

7) Postvorschußverkehr. Von Kaufmann Moritz Sachs u. Gen. ist ein Antrag an die Handelskammer eingegangen, in welchem letztere er-laubt wird, für eine Veränderung im Postvorschußverkehr, wirken zu wollen. Der Postvorschußverkehr bedarf nach den Ausführungen der Antragsteller einer vollständigen Umgestaltung, um für den Handel wirksam, nützlich zu werden. Die Creditverleihenung und die Art des Creditgewährens würde eine vollständige Umgestaltung erlangen, wenn für den Postvorschußverkehr eine Einrichtung eingeführt würde, wie sie für das Postenverkehrsverweh besteht. Durch diese Einfüh-ung würde für unseren heimischen Handel, be-sonders den der Detailhändler, welcher an einer sowohl nach Umfang als Zeit ganz unvernünftigen, fast obliquatorischen Creditverleihenung krankt, der Anfang einer in ihrer Tragweite nicht zu überschätzenden Reform sein. Nach den Informationen der Antragsteller ist ein zu gleichem Zweck früher gestellter Antrag von der kaiserlichen General-Post-Direction zurückgewiesen worden, da das Postvorschußwesen eine bedeutende Handhabe für Unterschleife böte, ein Motiv, welches die Antragsteller nicht als zureichend anerkennen. Als besonderer Wunsch wird in der Eingabe noch ausgesprochen, daß für den Postvorschußverkehr mit Oesterreich-Ungarn die gleiche Creditverleihenung ein-geführt und außerdem die jetzt festgesetzte Maximalgrenze von 150 Mark erhöht würde.

Die Commission ist mit den Antragstellern der Ansicht, daß allerdings eine Ermäßigung der Postvorschußgebühren im allgemeinen Verkehrsinteresse höchst wünschenswerth wäre. Sie empfiehlt der Handelskammer, den Versuch zu machen, ob durch eine Eingabe an den Herrn Generalpostmeister eine Er-mäßigung der Postvorschuß-Taxen zu erzielen sei.

Der Referent, Rm. Salo Sadur, begründet das Votum der Commission. Mit dem Antrage der Commission soll der Wunsch verbunden werden, die Maximalgrenze auf 300 Mark zu erhöhen und daß auch für den Postvorschuß-Verkehr mit Oesterreich-Ungarn die gedachten Creditverleihenungen eingeführt werden.

Tarif für Serringe und Petroleum. Von den Herren Grün-wald und S. Magdan u. Gen., sind Anträge, betreffend den neuen Tarif für Serringe und Petroleum im Stettin-Galizisch-Rumänischen Verbands-Güterverkehr eingegangen. Diese Anträge werden von der heutigen Tages-ordnung ebenso abgesetzt, wie die Beantwortung der Fragen des Handelstags-Ausschusses, die Erneuerung der Handelsverträge betreffend, der Commission-bericht über die Resolutionen des Handelstags-Ausschusses in der Eisenbahn-gesetzesfrage, weil die Mitglieder Commerzienrath Molinari, Commerzienrath Werther und Rm. Salo, Referenten für diese Vorlagen, zu einer Conferenz nach Berlin an den Handelsminister entsendet worden sind.

Von Herrn M. Sadur ist eine Zuschrift eingegangen, in welcher der-selbe den Nachweis zu führen sucht, daß der am 1. Januar cr. eingetretene veränderte Depeschen-Tarif eine wesentliche Vertheuerung der Telegraphie enthielt und die Handelskammer bittet:

1) der Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, 2) gegen jede Vertheuerung der Verkehrsmittel sowohl in diesem Falle, wie in allen künftigen Fällen im Interesse des Gewerbetriebs ener-gisch zu protestiren.

Die Verkehrs-Commission, welcher die Eingabe vorgelegen hat, vermochte sich den Ausführungen des Antragstellers nicht anzuschließen. Sie erachtete die direkte Verrechnung der Depeschengebühr nach der Wortzahl als einen Fortschritt, dessen Ausführung nicht geübt werden dürfte. Statt dessen gab die beabsichtigte Einrichtung der Dringlichkeits-Depeschen zum dreifachen Gebührensatz zu einer eingehenden Verhandlung und ersten Bedenken Ver-anlassung. Die Commission gelangte zu folgenden Anträgen:

a. der Handelskammer zu empfehlen, über den Antrag des Herrn Sadur zur einfachen Tagesordnung überzugehen;

b. an den Herrn Generalpostmeister eine Eingabe zu richten, in welcher die Gefahren geschildert werden, welche mit der Einführung der Dringlichkeits-Depeschen notwendig verknüpft sind, und in Vorschlag zu bringen, daß man im internen Verkehr den Betrag für eine Dringlichkeitsdepesche auf den 10fachen Satz für die gewöhnlichen Depeschen normire, damit nicht der Verkehr in Dringlichkeits-Depeschen eine Ausdehnung annehme, welche den allgemeinen Verkehrsinteressen zuwider sein würde.

Nachdem der Referent, Commerzienrath Friedenthal II., diese Anträge der Commission begründet, empfiehlt derselbe, zugleich den Wunsch auszusprechen, daß bei so erheblichen Änderungen in den Tarifen der Handelsstand gehört werde. Rm. Sadur weist nach, welche Uebelstände aus dem jetzt getroffenen Verfahren namentlich für den Vörsenverkehr entstehen; die sämtlichen Vörsendepeschen sind als dringlich zu erachten. Commerzienrath Heimann schließt sich diesen Ausführungen unter Beweis darauf an, daß der Zweck nicht erreicht werde, sondern nur Unzuträglichkeiten entstehen. Der Referent empfiehlt die Annahme des Commissionsantrages mit dem von ihm an-geregten Zusatz. Sollten sämtliche Vörsendepeschen als dringliche betrachtet werden, so dürfte leicht eine Vertheuerung der Vörsendepeschen herbeigeführt werden. Stadtrath Friederici empfiehlt, über den Antrag vorerst zur Tages-ordnung überzugehen und abzuwarten, wie sich das Depeschenwesen gestalten werde. Dr. Eras berichtet, daß der neue Tarif für Depeschen erst in den nächsten Jahren in Kraft treten wird. Eine Steigerung der Vörsendepeschen von den andern Depeschen hält er für technisch unausführbar. Kaufm. Sadur empfiehlt die Dringlichkeitsdepeschen event. ganz auszuschließen; er hält dafür, daß die Benutzung der Vörsenräthe die Scheidung der Depeschen leicht ermög-liche. Stadtrath Schöller hält dafür, daß für die Vörsendepeschen keine Ausnahme gemacht werden dürfe. Kaufm. Grünwald weist auf die Zwei-möglichkeit dringlicher Depeschen bei besonderen Verhältnissen hin; um sie aber zu ermöglichen, soll ein sehr hoher Satz dafür gefordert werden. Nach weiteren Ausführungen von Commerzienrath Heimann beschließt die Handelskammer: den Antrag von Friederici abzulehnen, den 1. Antrag der Commission, sowie den Antrag von Sadur anzunehmen, für Vörsen-depeschen den Dringlichkeitsstaf auszuschließen; den Antrag 2 der Commission abzulehnen.

11) Eisenbahn-Stückgüter. Auf ein diesbezügliches Schreiben der Handelskammer erwidert die Direction der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn, daß seit Einführung des neuen Betriebs-Reglements vom 1. Juli 1874 für ihre Bahnstrecken die Bestimmung bereits getroffen worden, für die amtliche Feststellung der Stückzahl nur 0,01 Mark pro Stück, also z. B. bei 80 Stk. Getreide (120 Ctr.) 0,8 Mark zu erheben.

Die unentgeltliche Vornahme der Geschäfte dürfte nach den Ausführungen der Direction nicht zu verlangen sein, da dieselbe nicht unbedeutende Zeit beansprucht, da das Dienstpersonal während des Ab- und Einladens anwesend sein muß, und somit den sonstigen Dienstleistungen entzogen wird.

In ähnlicher Weise theilt die kgl. Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn mit, daß mit Genehmigung des Handelsministers für die Fest-stellung der Stückzahl der Güter 1 Mark-Pf., für die Verwiegung einzelner Colli 4 Mark-Pfennige pro 100 Rilo und für Verwiegung von Gütern in den Eisenbahnwagen auf der Centesimalwaage auf 2 Mark pro Wagen ohne Rücksicht auf die Abfenzahl festgesetzt sind, daß ferner die Direction eine Er-mäßigung oder einen Erlaß dieser Gebühren beim Herrn Minister nicht zu be-schwören vermag.

Die Versammlung nimmt Kenntniß.

12) Vörsenstener und Eisenzölle.

Das Bureau des deutschen Reichstags theilt der Handelskammer mit, daß der Reichstag beschloffen, die eingereichte Petition, welche sich auf die Vörsenstener bezieht, durch Beschlußfassung über den Gesetzentwurf für er-ledigt zu erklären. Eine fernere Mittheilung desselben Bureau's zeigt an, daß der deutsche Reichstag beschloffen, über die Petitionen, welche Aufhebung der „Zölle“ auf Eisen, Stahlwaaren und Maschinen betreffen, zur Tages-Ordnung überzugehen.

Hafenbau - Angelegenheit. Der hiesige Magistrat theilt der Handelskammer mit, daß er mit der Vorstellung derselben an den Handels-minister betreffend der Hafenanlage in allen wesentlichen Punkten völlig ein-verstanden sei; er habe es jedoch für angemessen und vielleicht wirksamer, seinerseits in einem besonderen Gesuche die gleiche Bitte an den Herrn Mi-nister auf Festlegung einer angemessenen Staatssubvention zu dem Hafenbau zu erneuern und theilt der Magistrat der Kammer Abschrift davon zur Kenntnissnahme mit. Mit der Absicht, die Petition allen in Schlesien ge-wählten Mitgliedern des preussischen Landtages und sämtlichen schlesischen Handelskammern zur Unterstützung und beziehungsweise mit der Aufforde-rung zu gleichem Vorgehen mitzutheilen, erklärt Magistrat sich vollkommen einverstanden. Die Handelskammer hat dem Magistrat bereits angezeigt, daß ihre Petition am 8. Januar an den Herrn Handelsminister abge-und worden ist.

Nach Kenntnissnahme der Zuschrift des hiesigen Magistrats wird über-gegangen zu:

15) Güter-Überfuhrtarif. Die Oberschlesische Eisenbahn berechnet für Güter, die nach Station Breslau adressirt sind und für welche vom Eigen-thümer der Waare eine Weiterverladung mittelst der anderen Bahnen ge-wünscht wird, für die Ueberfuhr nach der Märkischen Bahn 2 Pf. pro Ctr., nach der Freiburger 3 Pf. pro Ctr. Eine gleiche Einrichtung für die Rechte-n-Der-Ufer-Eisenbahn sei jedoch Seitens der Oberschlesischen Bahn trotz der Wünsche des kaufmännischen Publikums abgelehnt worden.

Kaufmann Grünwald bittet die Handelskammer, auf die Beseitigung dieses Uebelstandes hinzuwirken zu wollen.

Die Verkehrscommission unterstügt diesen Antrag und schlägt vor, diesen Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Eisenbahn-Conferenz zu setzen, welche die königliche Direction der Oberschlesischen Eisenbahn am 14. Februar abhalten wird.

Die Kammer stimmt ohne Discussion dem Antrage der Commission zu. 16) Beschränkung der Geschäfte der Reichsbank. Die Vorlesung der Kaufmannschaft von Berlin überfand der Kammer Abschrift einer an den Herrn Reichsanwalt gerichteten Vorlesung, den Ein- und Verkauf von Staatspapieren u. durch die Reichsbankstellen betreffend, mit dem Anheften, eine gleiche Eingabe an den Reichsanwalt zu richten.

Die Commission tritt den Ausführungen der Vorlesung der Berliner Kaufmannschaft in der Sache selbst bei, formell ist sie aber in soweit abweichender Ansicht, als sie meint, daß der Reichsanwalt nicht berechtigt sei, eine klare Bestimmung des Reichsbankgesetzes, möge dieselbe nun so richtig oder so falsch sein, wie sie immer wolle, einfach zu abstrahiren. Die Commission glaubt, daß der richtige Ausweg zur Verminderung der von den Berliner Vorlesungen richtig erkannten Gefahren in einer nicht zu niedrigen Normierung der Provisionshöhe für die Commissionsgeschäfte der Reichsbank bestehen würden, und da in dieser Beziehung bereits das Erforderliche veranlaßt ist, so empfiehlt sie der Handelskammer, den Berliner Vorlesungen zu schreiben, daß man nach Lage der Sache die Angelegenheit für erledigt halte und zu einer diesseitigen Eingabe an den Reichsanwalt eine Veranlassung nicht mehr zu haben glaube.

Der Referent, Commerzienrath Heumann, motivirt den Antrag der Commission, welchem die Handelskammer beitrifft, ohne auch den Motiven für denselben durchgehend zuzustimmen.

17) Getreideverkehr. Die Direction der Oberschlesischen Eisenbahn beantwortete in dem Gegenstand betreffendes Schreiben dahin, daß sie die Mittheilung der wöchentlichen Nachweisungen über Empfang und Versandt von Getreide an die Handelskammer und die Zeitungen in ihrem (der Bahnverwaltung) Interesse eingekauft habe, weil diese Mittheilungen die bestmögliche Concurrenz gegen die Oberschlesische Eisenbahn producirt. Nach weiterer Mittheilung wird die Handelskammer seitens der Direction ersucht, nochmals zu erwägen, ob auf die allmähliche Mittheilung der Gesamtsumme der auf ihren Bahnhöfen in Breslau eingeflossenen Getreidequantitäten im öffentlichen Interesse Werth gelegt werden muß, und die Gründe dafür mitzutheilen, damit die künftige Direction ermessen kann, ob sie in der Lage sei, wenigstens durch generelle Angaben einem etwa wirklich vorhandenen Bedürfnisse zu entsprechen. Die Handelskammer hat hierauf ein Schreiben an die Direction der Oberschlesischen Eisenbahn gerichtet, daß ein dahin gehender Compromißvorschlag gemacht wird, die bisher gebrauchten und von den anderen Bahnen zeitlich nicht verweirten Specialausweise in Zukunft allmonatlich zu publiciren.

Die Kammer ertheilt hierzu ihre nachträgliche Genehmigung.

Breslau, 12. Januar. [Productenbericht.] Bei milder Stimmung haben sich die Preise für Roggen heute neuerdings etwas verschlechtert. Der Handel auf Termine war leblich reger, loco ist hingegen bei schwachem Angebot nur wenig umgesetzt worden. — Roggenmehl matt. — Weizen flau und unter beilegendem Geschäft ferner merklich billiger verläuft. — Hafer loco still. Termine unbeachtet. — Rübsöl sehr matt und zu nachgebenden Preisen verkauft. — Spiritus in tragender Vertheilung, Preise zu Gunsten der Käufer.

Weizen loco 175-216 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, weißer märkischer — M. ab Bahn bez., gelber mecklenburger — M. bez., gelber märkischer — M. ab Bahn bez., weißbunter polnischer — M. ab Bahn, ordinar gelb rumänischer — M. bez., pr. December-Januar — M. bez., pr. Januar-Februar — M. bez., pr. April-Mai 199 1/2-197 M. bez., pr. Mai-Juni 203-200 M. bez., Juni allein 205 M. bez., — Gefündigt 1000 Ctr. Ründigungspreis 192 M. — Roggen loco 146-162 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, russischer 146-149 M. bez., polnischer 149-150 M. bez., inländischer 158-160 M. bez., ergrüht — M. ab Bahn bez., pr. December-Januar 152 1/2-152 M. bez., pr. Januar-Februar 150 1/2-150 M. bez., pr. Frühjahr 150 1/2-149 1/2 M. bez., pr. Mai-Juni 150-149 M. bez., pr. Juni-Juli 149-148 M. bez., — Gefündigt 7000 Ctr. Ründigungspreis 152 1/2 M. — Gerste loco 132-180 M. nach Qualität gefordert, ostpreussischer 150-174 M. westpreussischer 150-174 M. russischer 150-174 M. pommerischer 165-175 M. bez., mecklenburger 165 bis 175 M. bez., böhmischer 165-175 M. bez., sächsischer 165 bis 175 M. ab Bahn bez., pr. Januar 158 M. bez., pr. Januar-Februar 158 M. bez., pr. Frühjahr 163 1/2 M. bez., — Gefündigt — Ctr. Ründigungspreis — M. — Erbsen: Rothwaare 176-210 M. Futterwaare 166-175 M. — Weizenmehl Nr. 0: 25,50-22,00 M. Nr. 0 und 1: 21,00-19,50 M. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. December-Januar 20,90-80 M. bez., pr. März-April — M. bez., pr. April-Mai 21,10-20,90 M. bez., pr. Mai-Juni 21,15-20,95 M. bez., pr. Juni-Juli 21 M. bez., pr. Juli-August 21 M. bez., — Gefündigt 500 Ctr. Ründigungspreis 20,75 M. — Dinkel: Raps — M., Rüben — M. nach Qualität bez. — Rübsöl per 100 Kilo loco ohne Faß 64 M. bez., mit Faß — M. bez., pr. December-Januar 64,5 M. bez., pr. Januar-Februar 64,5 M. bez., pr. April-Mai 65,5-64,8 M. bez., pr. Mai-Juni 65,7-65,1 M. bez., pr. September-October 65,8-3 M. bez., — Gefündigt 700 Ctr. Ründigungspreis 64,4 M. — Leinöl loco 58 M. bez., Petroleum loco 29 M. bez., per 100 Kilo incl. Faß, pr. December-Januar 27,5 M. Br., pr. Januar-Februar 26,8 M. bez., pr. Februar-März — M. bez., Abgelassene Anmelungen — M. bez., pr. April-Mai — M. bez., — Gefündigt — Ctr. Ründigungspreis — M. — Spiritus per 1000 Liter loco „ohne Faß“ 42,2 M. bez., „mit Faß“ — M. bez., pr. December-Januar 44,7-4 M. bez., pr. Januar-Februar 44,7-4 M. bez., pr. März-April — M. bez., pr. April-Mai 47-46,7 M. bez., pr. Mai-Juni 47,4-47,1 M. bez., pr. Juni-Juli 48,7-49,4 M. bez., pr. Juli-August 49,9-5 M. bez., pr. August-September 50,9-5 M. bez., — Gefündigt 10,000 Liter. Ründigungspreis 44,6 M.

Breslau, 13. Jan. 9 1/2 Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war für Getreide sehr ruhig, bei stärkerem Angebot und unbedeutenden Preisen.

Weizen, in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 15,70 bis 18,00-19,50 Markt, gelber 15,50-16,75-18,50 Markt, feinste Sorte über Notiz bezahl.

Roggen, feine Qualitäten preisbehaltend, per 100 Kilogr. 13,80-14,50 bis 16,00 Markt, feinste Sorte über Notiz bezahl.

Gerste, in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 12,50-14,50 bis 15,50 Markt, weiße 16,00-17,00 Markt.

Hafer mehr beachtet, per 100 Kilogr. 15,00-16,20-18,20 Markt, feinstes über Notiz.

Mais preisbehaltend, per 100 Kilogr. 10,00-11,00 Markt.

Erbsen wenig zugeführt, per 100 Kilogr. 17-18-20,50 Markt.

Bohnen vernachlässigt, per 100 Kilogr. 14,50-15,50-16,50 Markt.

Lupinen Markt angeboten, per 100 Kilogr. gelbe 9,30-11,00 Markt, blau 9,50-11,10 Markt.

Wicken gut behauptet, per 100 Kilogr. 16-17-18 Markt.

Defaaten ohne Veränderung.

Schlaglein matter.

Pro 100 Kilogramm netto in Markt und Pf.

Schlag-Weizen 27 25 22 25

Winterweizen 30 25 28 25

Winterweizen 29 25 28 25

Sommerweizen 30 50 29 50

Leinbutter 27 26 25 25

Rapskuchen preisbehaltend, pr. 50 Kilogr. 7,80-8 Markt.

Leinkuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 9,20-9,70 Markt.

Kleefamen gut gefragt, rother hoch gehalten, pr. 50 Kilogr. 49-54 bis 57-60 Markt, weißer leicht veräußert, pr. 50 Kilogr. 61-64-72-75 Markt, hochfeiner über Notiz.

Lohnmotive fester, pr. 50 Kilogr. 30-32-34 Markt.

Mehl in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilo. Weizen fein alt 29,25-30,25 Markt, neu 25,75-26,75 Markt, Roggen fein 26,00-27,00 Markt, Haasbuden 24,25-25,25 Markt, Roggen-Futtermehl 10-11 Markt, Weizenkleie 8 bis 8,75 Markt.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Januar 12. 13. Nachm. 2 U. Abds. 10 U. Morg. 6 U.

Luftdruck bei 0° 334 1/2 334 1/2 334 1/2 334 1/2

Luftwärme 4 1/2 4 1/2 4 1/2 4 1/2

Dunstdruck 1 1/2 1 1/2 1 1/2 1 1/2

Dunstfälligkeit 91 pCt. 94 pCt. 95 pCt. 95 pCt.

Wind D. 1. trübe. trübe. trübe. trübe.

Breslau, 13. Jan. [Wasserstand.] D. R. 4 M. 36 Cm. U. R. — M. — G. Eisstand.

Berliner Börse vom 12. Januar 1876.

Wechsel-Course.		Eisenbahn-Stamm-Actien.	
Amsterd. 100 Fl.	163,20 bz	Aachen-Masticht.	1874
do. 2 M.	163,20 bz	Berg-Markische.	1875
London 1 Lstr.	20,17 bz	Berlin-Anhalt.	1876
Paris 100 Frs.	80,85 bz	Berlin-Dresden.	1877
Petersburg 100 Rbl.	249,95 bz	Berlin-Görlitz.	1878
Warschau 100 Rbl.	261,35 bz	Berlin-Hamburg.	1879
Wien 100 Fl.	175,00 bz	Berlin-Nordbahn.	1880
do. 2 M.	174,45 bz	Berlin-Potsd.-Magdb.	1881

Fonds- und Geld-Course.		Eisenbahn-Stamm-Actien.	
Staats-Anl. 4 1/2 % Consol.	105,25 bz	Berlin-Stettin.	1882
do. 4 1/2 %	99,25 bz	Böhm. Westbahn.	1883
Präm.-Anleihe v. 1855	129,25 bz	Breslau-Freib.	1884
Berliner Stadt-Oblig.	101,50 bz	Breslau-Minden.	1885
Berliner	102,00 bz	do. Lit. B.	1886
Pommersche	83,80 G	Cuxhaven, Eisenb.	1887
Possensche neue	84,00 bz	Dux-Bodenbach-B.	1888
Schlesische	84,00 bz	Gal. Carl-Ludw.-B.	1889
Kur- u. Neumark	96,30 bz	Halle-Sora-Gub.	1890
Pommersche	96,00 bz	Hannover-Altenb.	1891
Possensche	96,00 bz	Kaschau-Oderberg	1892
Preussische	96,00 bz	Kronpr. Rudolfsb.	1893
Westfäl. u. Rheinl.	99,00 bz	Ludwigsb.-Borb.	1894
Badische Präm.-Anl.	120,00 bz	Mark-Posen	1895
Bayerische 4 1/2 % Anleihe	122,75 bz	Magdeb.-Halberst.	1896
Österr. 4 1/2 % Anleihe	107,50 bz	Magdeb.-Leipz.	1897

Hypothek-Certifikate.		Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.	
Krupp-Partial-Obl.	100,50 bz	Berlin-Görlitz.	1898
Frankf. Pfd.-Obl.	98,75 bz	Berlin-Nordbahn.	1899
do. 2 M.	98,10 bz	Breslau-Warschau	1900
Deutsche Hyp.-B.-Pfd.	95,75 bz	Halle-Sora-Gub.	1901
Königsb. Cent.-Bod.-Cr.	109,10 bz	Hannover-Altenb.	1902
Unkünd. do. (1872)	101,00 bz	Kaschau-Oderberg	1903
do. rückb. 110	105,75 bz	Kronpr. Rudolfsb.	1904
do. do. 4 1/2 %	95,50 bz	Ludwigsb.-Borb.	1905
Bank. H. d. Pr. Bd.-Cr.	102,25 bz	Mark-Posen	1906
do. III. Em.	102,25 bz	Magdeb.-Halberst.	1907
Königsb. Hyp.-Schuld.	95,75 G	Magdeb.-Leipz.	1908
Hyp.-Anl. Nord-G. C. B.	101,00 bz	do. Lit. C.	1909
Pomm. Hyp.-Briefe	101,75 bz	Rechte-O.-U.-Bahn	1910
do. do. II. Em.	102,25 bz	Rumänien	1911
do. do. III. Em.	102,25 bz	Schw. Westbahn	1912
do. 5 1/2 % Präm.-Anl.	102,25 bz	Stargard-Posen	1913
do. 4 1/2 % do. m. 110	95,25 bz	Thüringer Lit. A.	1914
do. 4 1/2 % do. m. 110	95,25 bz	Warschau-Wien.	1915
do. 4 1/2 % do. m. 110	95,25 bz		

Ausländische Fonds.		Bank-Papiere.	
Öst. Silberrente	64,40 bz	Allg. Deut. Hand.-G.	1896
do. Papierrente	60,10 bz	Anglo-Deutsche Bk.	1897
do. 5 1/2 % Präm.-Anl.	107,00 bz	Berl. Kassens.-Bk.	1898
do. Lott.-Anl. v. 69	113,25-113,50	Berl. Handels-Ges.	1899
do. Credit-Loose	337,50 bz	do. Prod.-u. Ind.-B.	1900
do. 6 1/2 % Loose	292,00 G	Braunsch. Bank.	1901
do. 6 1/2 % Präm.-Anl. v. 64	183,75 bz	Bresl. Dis.-Bank	1902
do. do. 1866	182,25 bz	Bresl. Maklerbank	1903
do. do. 1868	182,25 bz	Bresl. Makl.-Ver. B.	1904
do. do. 1870	182,25 bz	Bresl. Wechselb.	1905
do. do. 1872	182,25 bz	Coburg-Cred.-Bank	1906
do. do. 1874	182,25 bz	Danziger Priv.-Bk.	1907
do. do. 1876	182,25 bz	Darmst. Creditb.	1908
do. do. 1878	182,25 bz	Darmst. Zettelb.	1909
do. do. 1880	182,25 bz	Deutsche Bank	1910
do. do. 1882	182,25 bz	do. Reichsbank	1911
do. do. 1884	182,25 bz	do. Hyp.-B. Berlin	1912
do. do. 1886	182,25 bz	Deutsche Unionb.	1913
do. do. 1888	182,25 bz	Disc.-Comm.-Anst.	1914
do. do. 1890	182,25 bz	Genossensch.-Bank	1915
do. do. 1892	182,25 bz	do. Junge	1916
do. do. 1894	182,25 bz	Gwb.-Schuster u. C.	1917
do. do. 1896	182,25 bz	Ital. Grundcred.	1918
do. do. 1898	182,25 bz	Hamb. Vereinb.	1919
do. do. 1900	182,25 bz	Hannov. Bank.	1920
do. do. 1902	182,25 bz	do. Disc.-Bank	1921
do. do. 1904	182,25 bz	Königsb. Ver.-Bank	1922
do. do. 1906	182,25 bz	Ldw.-B. Kwielski	1923
do. do. 1908	182,25 bz	Leipz. Cred.-Anst.	1924
do. do. 1910	182,25 bz	Luxemburg. Bank	1925
do. do. 1912	182,25 bz	Magdeburger do.	1926
do. do. 1914	182,25 bz	Meininger do.	1927
do. do. 1916	182,25 bz	Moldauer Lds.-Bk.	1928
do. do. 1918	182,25 bz	Nordb. Bank	1929
do. do. 1920	182,25 bz	Nordgr. Brück.-B.	1930
do. do. 1922	182,25 bz	Oberlausitzer Bk.	1931
do. do. 1924	182,25 bz	Oest. Cred.-Act.	1932
do. do. 1926	182,25 bz	Posner Prov.-Bank	1933
do. do. 1928	182,25 bz	Pr.-Bod.-Cred.-Bk.	1934
do. do. 1930	182,25 bz	Sächs. Bank	1935
do. do. 1932	182,25 bz	Sächs. Cred.-Bank	1936
do. do. 1934	182,25 bz	Schl. Bank-Verein	1937
do. do. 1936	182,25 bz	Schl. Vereinbank	1938
do. do. 1938	182,25 bz	Thüringer Bank.	1939
do. do. 1940	182,25 bz	Weimar. Bank	1940
do. do. 1942	182,25 bz	Wiener Unionb.	1941
do. do. 1944	182,25 bz		

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.		In Liquidation.	
Berg-Mark. Serie II.	99,50 bz	Berliner Bank	1896
do. III. v. S. 3 1/2 %	94,75 bz	Berl. Bankverein	1897
do. do. 4 1/2 %	97,00 bz	Berl. Lombard-B.	1898
do. Hess. Nordbahn	103,25 G	Berl. Prod.-Makl.-B.	1899
Serlin-Görlitz	90 B	Berl. Wechselb.	1900
do. Lit. C. 4 1/2 %	96 G	Br.-Pr.-Wechsel-B.	1901
Breslau-Freib. Lit. D.	96 G	do. Hand- u. Bankp.	1902
do. do. E. 4 1/2 %	96 G	Centrab. f. Genos.	1903
do. do. F. 4 1/2 %	96 G	Kasseler Bank	1904
do. do. G. 4 1/2 %	96 G	Niedersch. Cassenv.	1905
do. do. H. 4 1/2 %	96 G	Ostdeutsche Bank.	1906
do. do. I. 4 1/2 %	96 G	Pos.-Pr.-Wechsel-B.	1907
do. do. J. 4 1/2 %	96 G	Pr. Credit-Anstalt	1908
do. do. K. 4 1/2 %	96 G	Pr. Wechsel-Bnk.	1909
do. do. L. 4 1/2 %	96 G	Schl. Centralbank	1910
do. do. M. 4 1/2 %	96 G	Ver.-Bk. Quistorp	1911
do. do. N. 4 1/2 %	96 G		
do. do. O. 4 1/2 %	96 G		
do. do. P. 4 1/2 %	96 G		
do. do. Q. 4 1/2 %	96 G		
do. do. R. 4 1/2 %	96 G		
do. do. S. 4 1/2 %	96 G		
do. do. T. 4 1/2 %	96 G		
do. do. U. 4 1/2 %	96 G		
do. do. V. 4 1/2 %	96 G		
do. do. W. 4 1/2 %	96 G		
do. do. X. 4 1/2 %	96 G		
do. do. Y. 4 1/2 %	96 G		
do. do. Z. 4 1/2 %	96 G		

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.		Industrie-Papiere.	
Berg-Mark. Serie II.	99,50 bz	Berl. Eisenb.-Bd.-A.	1896
do. III. v. S. 3 1/2 %	94,75 bz	D. Eisenbahn-G.	1897
do. do. 4 1/2 %	97,00 bz	do. Reichs-u. Co.-E.	1898
do. Hess. Nordbahn	103,25 G	Mark-Sch. Mach.-G.	1899
Serlin-Görlitz	90 B	Nord-Gummib.	1900
do. Lit. C. 4 1/2 %	96 G	do. Papierfabr.	1901
Breslau-Freib. Lit. D.	96 G	Wertend. Com.-G.	1902
do. do. E. 4 1/2 %	96 G		
do. do. F. 4 1/2 %	96 G		
do. do. G. 4 1/2 %	96 G		
do. do. H. 4 1/2 %	96 G		
do. do. I. 4 1/2 %	96 G		
do. do. J. 4 1/2 %	96 G		
do. do. K. 4 1/2 %	96 G		
do. do. L. 4 1/2 %	96 G		
do. do. M. 4 1/2 %	96 G		
do. do. N. 4 1/2 %	96 G		
do. do. O. 4 1/2 %	96 G		
do. do. P. 4 1/2 %	96 G		
do. do. Q. 4 1/2 %	96 G		
do. do. R. 4 1/2 %	96 G		
do. do. S. 4 1/2 %	96 G		
do. do. T. 4 1/2 %	96 G		
do. do. U. 4 1/2 %	96 G		
do. do. V. 4 1/2 %	96 G		
do. do. W. 4 1/2 %	96 G		
do. do. X. 4 1/2 %	96 G		
do. do. Y. 4 1/2 %	96 G		
do. do. Z. 4 1/2 %	96 G		

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.		Industrie-Papiere.	
Berg-Mark. Serie II.	99,50 bz	Berl. Eisenb.-Bd.-A.	1896
do. III. v. S. 3 1/2 %	94,75 bz	D. Eisenbahn-G.	1897
do. do. 4 1/2 %	97,00 bz	do. Reichs-u. Co.-E.	1898
do. Hess. Nordbahn	103,25 G	Mark-Sch. Mach.-G.	1899
Serlin-Görlitz	90 B	Nord-Gummib.	1900
do. Lit. C. 4 1/2 %	96 G	do. Papierfabr.	1901
Breslau-Freib. Lit. D.	96 G	Wertend. Com.-G.	1902
do. do. E. 4 1/2 %	96 G		
do. do. F. 4 1/2 %	96 G		
do. do. G. 4 1/2 %	96 G		</